

Der Arbeitsmarkt in Brandenburg:

Aktuelle Entwicklungen und zukünftige
Herausforderungen

Helmut Seitz¹

Dokumentation Nr.96-06

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Der Arbeitsmarkt in Brandenburg:

Aktuelle Entwicklungen und zukünftige
Herausforderungen

700533

von
Helmut Seitz

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Europa-Institut Viadrina, Frankfurt/Oder

September 1996

c 200693



Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen

2. Die Gesamtwirtschaftliche Lage in Brandenburg und den Neuen Ländern

Exkurs: Beschäftigung im Spiegel der Statistik

2.1. Die Gesamtbeschäftigungsentwicklung

2.2. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung

2.3 Die Produktionsentwicklung in Brandenburg und in den Neuen Ländern

2.4 Die sektoralen Entwicklungen in Brandenburg im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern

2.5 Zur Rolle des Staates als Arbeitgeber in Brandenburg

3. Regionale Disparitäten am Arbeitsmarkt in Brandenburg

4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Beschäftigungsentwicklung in den ostdeutschen Ländern

September 1993 - September 1995

Abbildung 2: Betriebsgrößenstruktur in Brandenburg und in den Neuen Ländern insgesamt

Abbildung 3a: Entwicklung der Anzahl der Betriebe nach der Betriebsgröße

Vergleich: März 1994 - März 1995

Abbildung 3b: Entwicklung der Beschäftigung nach der Betriebsgröße

Vergleich: März 1994 - März 1995

Abbildung 4: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderung in Brandenburg zwischen

September 1993 und September 1995 auf Einzelkomponenten

Abbildung 5: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes von 1991 bis 1995 je

Erwerbstätigen (Preisbasis 1991)

Abbildung 6: Vergleich der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes über die

ostdeutschen Länder (Preisbasis 1991)

Abbildung 7: Absolute Beschäftigungsänderungen nach 10 Wirtschaftsbereichen in

Brandenburg zwischen September 1993 und September 1995.

Abbildung 8a: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich

‘Sonstige Dienstleistungen’ in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995

Abbildung 8b: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich

‘Verarbeitendes Gewerbe’ in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995

Abbildung 8c: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich

‘Verkehr und Nachrichten’ in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995

Abbildung 9: Beschäftigung im öffentlichen Sektor im Land Brandenburg

Abbildung 10: Entwicklung der Anzahl der Brandenburger die zum Arbeiten nach West-Berlin einpendeln.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigten und Erwerbstätigen in den Neuen Ländern

Tabelle 2: Beschäftigungsbeitrag der ABM-Stellen in den ostdeutschen Bundesländern

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den Neuen Ländern

Tabelle 4: Die Sektorstruktur der ostdeutschen Länder im September 1995

Tabelle 5: Beschäftigungsentwicklung nach 10 Wirtschaftsbereichen in den Neuen Bundesländern von September 1993 bis September 1995

Tabelle 6: Die Bedeutung des öffentlichen Sektors für den Arbeitsmarkt

Tabelle 7: Regionale Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg
Beschäftigungsveränderung Juni 1993 bis Juni 1995.

Verwendete Datenquellen:

1. 'Personal im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg', veröffentlicht vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam.
2. 'Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Brandenburg 1995', veröffentlicht vom LKA Brandenburg
3. 'Statistische Mitteilungen' des Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg
4. 'IAB-Werkstattberichte' des 'Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung', Nürnberg
5. Diverse Sonderaufbereitungen von arbeitsmarktstatistischem Datenmaterial des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg, des Arbeitsamtes Frankfurt/Oder, sowie der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.
6. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

1. Vorbemerkungen

Brandenburg hat, wie auch die anderen ostdeutschen Länder, seit der Wende einen tiefgreifenden strukturellen Wandel durchlebt. Von den einst 1,27 Millionen Erwerbstätigen Ende 1990 sind im Jahr 1995 nur noch ca. 1,06 Millionen Personen in den aktiven Arbeitsmarkt integriert. Erst mit der Jahreswende 93/94 setzte eine Erholung des Arbeitsmarktes ein, der zu einem - wenn auch bisher nur geringen - Anstieg der Beschäftigung geführt hat. Die Mehrzahl der Arbeitsmarktindikatoren sprechen dafür, daß der Zusammenbruch alter Strukturen weitgehend abgeschlossen ist und nunmehr eine Phase der Konsolidierung und - trotz aller Rückschläge - der Erholung eingesetzt hat. Nunmehr gilt es die Weichen für eine zukunftsorientierte Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik zu stellen, die darauf ausgerichtet sein muß, die Standortattraktivität und Wettbewerbsposition des Landes Brandenburg zu verbessern, um das von der Landesregierung gesetzte Ziel einer Absenkung der Arbeitslosenquote auf 10% bis zum Jahr 1999 zu erreichen.

Die vorliegende Analyse untersucht die Entwicklungen am Arbeitsmarkt von Brandenburg auf regionaler und sektoraler Ebene mit dem Ziel, die Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes Brandenburg aufzuzeigen und zukünftige Entwicklungstrends zu identifizieren. Hierbei werden wir auf der einen Seite die interregionalen Disparitäten im Land Brandenburg herausarbeiten und auf der anderen Seite zentrale ökonomische Grunddaten über die ostdeutschen Länder vergleichen. Letzterer Aspekt soll helfen spezifische Entwicklungsvor- und -nachteile Brandenburgs herauszuarbeiten. Bewußt wird hierbei weitgehend auf einen Vergleich mit Westdeutschland verzichtet, da dieser Vergleich - angesichts der jungen marktwirtschaftlichen Historie der Neuen Bundesländer - kaum sinnvoll ist. Solche Ost-West-Vergleiche werden immer mit der Hintergrundfrage "was muß in Ostdeutschland noch geschehen, um nicht vom westdeutschen Durchschnitt abzuweichen?" durchgeführt. Dieses Ziel ist zwar im Hinblick auf die Angleichung der Lebensverhältnisse erstrebenswert und auch grundgesetzlich festgeschrieben, aber es schließt natürlich nicht aus, daß in Ostdeutschland *auf Dauer* andere wirtschaftliche Gegebenheiten als in Westdeutschland vorliegen können, so z. B. im Hinblick auf die sektorale Wirtschaftsstruktur, das Erwerbsteilungsverhalten oder auch das Konsumverhalten.

Der Beitrag behandelt zwei zentrale Themenbereiche. Zunächst widmet er sich der Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg im Vergleich zur Situation in den anderen ostdeutschen Ländern. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei der Entwicklung des in der Diskussion oft vernachlässigte öffentlichen Sektors gelten, da dieser Bereich nach der Wende vor ebenso großen Anpassungsproblemen gestanden hat wie der privatwirtschaftliche Bereich. Ferner soll das Ausmaß der Unterbeschäftigung über die Neuen Bundesländer hinweg verglichen werden. Mit der Analyse der regionalen Disparitäten in Brandenburg beschäftigen wir uns in einem zweiten Hauptabschnitt. Hierbei geht es insbesondere darum, die Wachstumsregionen aber auch die Problemregionen Brandenburgs zu identifizieren, um hieraus mögliche wirtschaftspolitische Handlungsperspektiven abzuleiten. In beiden Analyseteilen verfolgen wir einen sehr breiten Ansatz, der bewußt - wenn auch häufig nur in Randbemerkungen und Fußnoten - über den engen Betrachtungsrahmen des Arbeitsmarktes hinausgeht, da Arbeitsmarktprobleme nicht isoliert von anderen Politik- und Problembereichen gesehen werden können. Ein letzter Abschnitt faßt unsere Ergebnisse nochmals zusammen und erörtert - soweit dies in den anderen Teilbereichen noch nicht geschehen ist - unsere Schlußfolgerungen, die wir aus der vorgetragenen Diagnose ableiten.

2. Die Gesamtwirtschaftliche Lage in Brandenburg und den Neuen Ländern

Die Schwächen und Stärken der Wirtschaft eines (Bundes-)Landes lassen sich am einfachsten identifizieren wenn zentrale ökonomische Kennziffern über verschiedene (Bundes-)Länder verglichen werden. Hierzu eignet sich insbesondere die Gegenüberstellung der Entwicklungen in Brandenburg, sowie der Entwicklungen in den anderen ostdeutschen Ländern. Ein Vergleich hingegen mit der westdeutschen Entwicklung ist problematisch, da die ökonomischen Grundbedingungen in Ost und West noch immer sehr unterschiedlich sind. Bevor wir uns jedoch dieser Analyse zuwenden, soll in einem Exkurs das vorhandene arbeitsmarktstatistische Datenmaterial einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Dies mag auf den ersten Blick als 'langweilig' und von geringem Erkenntniswert erscheinen. Wie wir jedoch aufzeigen werden, ist dem aber keineswegs so, da die Auswertung und Interpretation unterschiedlicher Statistiken nicht nur zu abweichenden Einschätzungen führen kann, sondern auch die Gefahr besteht, daß die unreflektierte Betrachtung statistischen Datenmaterials zu eklatanten Fehlinterpretationen führen kann.

Exkurs: Beschäftigung im Spiegel der Statistik

Für das Verständnis der Analyse der Beschäftigungsentwicklung ist es unabdingbar, sich darüber im Klaren zu sein, welche Informationen die unterschiedlichen Statistiken zur Beschäftigung liefern. Im Wesentlichen gibt es zwei Datenquellen die Angaben über die Beschäftigung zur Verfügung stellen. Zum einen die 'Statistik der **Erwerbstätigen**'¹, die von den Statistischen Landesämtern der Bundesländer erstellt wird, und zum anderen die 'Statistik der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**', die von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg erarbeitet wird. Beide Statistiken verwenden nicht nur einen unterschiedlichen Begriff der Beschäftigung sondern weichen auch an einigen Stellen in der Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Wirtschaftssektoren ab, was insbesondere im Hinblick auf den staatlichen Bereich gilt.

Die 'sozialversicherungspflichtig Beschäftigten' (zumeist kurz als 'Beschäftigte' bezeichnet) umfassen Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung **plichtversichert** sind. Nicht enthalten sind Beamte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte; als Beschäftigte gelten jedoch die im Rahmen von ABM dem Arbeitsmarkt zugeführten Personen. Die **Erwerbstätigen**, die in der Erwerbstätigenrechnung erfaßt werden, umfassen hingegen die Gesamtheit der beschäftigten Personen (also auch Beamte, und Selbständige), unabhängig vom Bestehen einer Pflichtversicherung und unabhängig davon, ob es sich um abhängig Beschäftigte oder Selbständige handelt. In den westdeutschen Bundesländern beträgt die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Relation zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen in etwa 80%; in den Neuen Bundesländern liegt diese Quote bei etwa 88% (in Brandenburg bei ca. 87%). Somit ist die Statistik der Erwerbstätigen vollständiger und zeigt ein genaueres Bild des Arbeitsmarktes. Da die Beschäftigtendaten wesentlich schneller verfügbar sind als die Daten über Erwerbstätige, werden diese auch i. d. R. der Öffentlichkeit vorgestellt und in den Medien kommentiert und diskutiert, wobei man sich aber selten der Erfassungsunterschiede bewußt ist. Die hieraus resultierenden Interpretationsprobleme sind - da man sich doch zumeist auf die Analyse von Veränderungsraten konzentriert - in Westdeutschland von weitaus geringerer Bedeutung als in Ostdeutschland, da die Relationen zwischen Erwerbstätigenzahl und Beschäftigtenzahl dort seit Jahren weitgehend stabil sind. In Ostdeutschland ist dies hingegen (noch nicht) der Fall, da die Entwicklung der Selbständigkeit noch nicht stabilisiert ist, und auch der öffentliche Sektor noch in einem Umstrukturierungsprozeß begriffen ist.

Aber nicht nur Unterschiede in der Erfassungsbreite der beiden Statistiken, sondern auch einige wesentliche Unterschiede in der sektoralen Zuordnung der Beschäftigung führen dazu, daß man mit beiden Statistiken - gerade in Ostdeutschland - zu unterschiedlichen Aussagen kommt. Dies trifft insbesondere auf den öffentlichen Sektor zu. Beide Statistiken untergliedern die Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen in drei große Bereiche:

¹ Die eigentlich als Erwerbstätigenrechnung bezeichnet wird, da sie auf der Auswertung von Sekundärmaterial beruht.

- Primärer Sektor (Land-, Forstwirtschaft, Fischerei)
- Sekundärer Sektor (Energie und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, sowie die Bauwirtschaft)
- Tertiärer Sektor (Handel und Verkehr, private und öffentliche Dienstleistungen).

Beschäftigte in den ersten beiden Sektoren werden in beiden Statistiken annähernd gleich zugeordnet, so daß hier keine Vergleichsprobleme - mit Ausnahme der unterschiedlichen Erfassungsbreite - auftreten. Große Unterschiede gibt es zwischen beiden Statistiken jedoch im tertiären Sektor. Dieser wird in der *Erwerbstätigenrechnung* untergliedert in die Bereiche:

- Handel,
- Verkehr und Nachrichten (hierzu gehören auch Post und Bahn),
- Dienstleistungsunternehmen (die wiederum in Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe sowie in die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen untergliedert werden),
- Private Organisationen ohne Erwerbscharakter (wie z.B. Kirchen, Verbände, Parteien), sowie
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

Die *Beschäftigtenstatistik* hingegen nimmt eine Einteilung des tertiären Sektors nach den Bereichen

- Handel,
- Verkehr und Nachrichten (hierzu gehören auch Post und Bahn),
- Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe,
- Sonstige Dienstleistungen,
- Private Organisationen ohne Erwerbscharakter (wie z.B. Kirchen, Verbände, Parteien), sowie
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

vor.

Auf den ersten Blick sind beide Abgrenzungen nahezu identisch. Man beachte aber, daß im Hinblick auf die Dienstleistungen die *Erwerbstätigenrechnung* von Dienstleistungsunternehmen, während die *Beschäftigtenstatistik* von 'Sonstigen Dienstleistungen' spricht. In der *Erwerbstätigenrechnung* erscheinen somit keine staatlichen Dienstleistungen im Sektor Dienstleistungsunternehmen, während in der *Beschäftigtenstatistik* der Bereich 'Sonstige Dienstleistungen' auch staatliche Dienstleistungen, wie insbes. das Bildungs- und Hochschulwesen, sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen erfaßt. Somit liegt auch beiden Statistiken eine unterschiedliche Abgrenzung des Begriffs der 'Gebietskörperschaft' zugrunde, der in der Alltagssprache vielfach mit dem Begriff des Staates gleichgesetzt wird. Unter dem Begriff der Gebietskörperschaft versteht die Statistik der 'Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten' die Bereiche 'Allgemeine öffentliche Verwaltung', 'Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung', die 'Sozialversicherung', sowie die 'Vertretungen fremder Staaten'. Der Bereich der öffentlichen Bildung, sowie das öffentliche Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliche Kultureinrichtungen (wie Theater, Opernhäuser) werden hingegen in dieser Statistik nicht zum Sektor der Gebietskörperschaften gezählt, sondern im Wirtschaftsbereich 'Sonstige Dienstleistungen' erfaßt.² Somit ist der Sektor Staat in dieser Statistik nicht gleichzusetzen mit dem Begriff der Gebietskörperschaften. In der Statistik der *Erwerbstätigen* hingegen wird die Beschäftigung im gesamten öffentlichen Bereich dem Sektor 'Gebietskörperschaften' zugerechnet und deckt sich somit eher mit dem, was man unter der Rubrik 'Staat' versteht,³ während der Dienstleistungssektor ausschließlich auf von Unternehmen erbrachte Dienstleistungen beschränkt ist.

Will man sich somit eine Vorstellung vom öffentlichen Sektor als Arbeitgeber verschaffen, ist die Statistik der *Erwerbstätigen* besser geeignet als die Statistik der 'Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten'. Erstere Statistik erfaßt z.B. auch die Beamten, und ordnet die im öffentlichen Sektor beschäftigten Personen weitgehend dem Sektor Gebietskörperschaften zu, während der Dienstleistungssektor auf private Unternehmen beschränkt bleibt.

In der Statistik für Ostdeutschland tritt noch ein weiteres Problem auf, das Anlaß zu Fehlinterpretationen geben kann. Bei der Einführung der *Beschäftigtenstatistik* in Ostdeutschland konnten erst nach und nach die im öffentlichen Sektor beschäftigten Personen dem korrekten wirtschaftszweigsystematischen Sektor zugerechnet werden. So wurden nach und nach - mit der Verbesserung des Berichts- und Meldesystems - Beschäftigte im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen aus dem Sektor 'Gebietskörperschaften' in den Sektor 'Sonstige Dienstleistungen' umgebucht. Es ist nicht auszuschließen, daß dieser Korrekturbedarf immer noch nicht gänzlich abgeschlossen ist. Diese methodischen Bereinigungen der Statistik führen dazu, daß in der

² Ferner erscheinen auch im Sektor 'Verkehr und Nachrichtenübermittlung' Beschäftigte, die im weiteren Sinne dem Sektor Staat hinzuzurechnen sind, wie Bahn- und Postbedienstete. Dies ist aber auch in der *Erwerbstätigenrechnung* der Fall!

³ Vielfach verwendet daher die *Erwerbstätigenrechnung* auch den Begriff 'Staatlicher Sektor' und nicht den Begriff 'Gebietskörperschaft'.

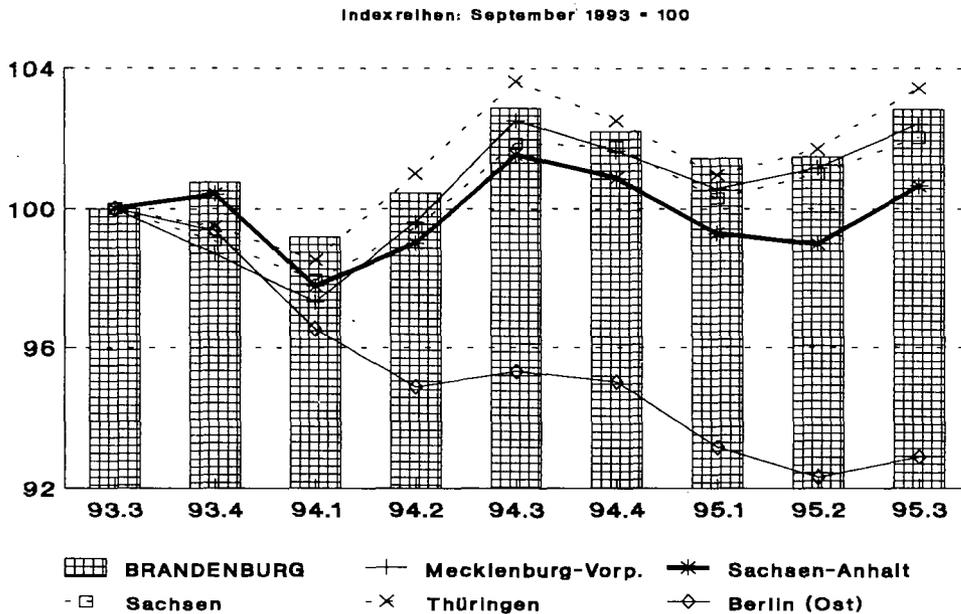
Beschäftigtenstatistik die 'Gebietskörperschaften' einen dramatischen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen sind, wohingegen der Sektor 'Sonstige Dienstleistungen' sehr hohe Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen hat, die zwar einerseits aus der Zunahme des privaten Dienstleistungsangebotes resultieren, aber andererseits in erheblichem Umfang durch die schrittweise Erfassung der Beschäftigten im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen verursacht wird. Bei der Erwerbstätigenrechnung treten diese Probleme hingegen nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß auf.

Im weiteren Verlauf werden wir im Kontext der Analyse der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des öffentlichen Sektors diese Thematik nochmals aufnehmen und durch die Präsentation entsprechender Daten ggf. vorhandene Interpretationsprobleme ausräumen und einige u.E. notwendige Klarstellungen vornehmen.

2.1 Die Gesamtbeschäftigungsentwicklung

Nach diesem kleinen Exkurs in die Probleme arbeitsmarktstatistischer Informationen wollen wir uns nunmehr zunächst der Analyse der Gesamtbeschäftigungsentwicklung zuwenden. **Abbildung 1** zeigt die Beschäftigungsentwicklung, gemessen an der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für die ostdeutschen Bundesländer in der Periode September 1993 bis September 1995. Aus Vergleichbarkeits- und Darstellungsgründen wurde die Beschäftigung im September 1993 jeweils auf 100 normiert, so daß die hier dargestellten Zeitreihen nicht das Niveau sondern den Entwicklungsverlauf der Beschäftigung anzeigen. Zusätzlich weist die **Tabelle 1** absolute und relative Beschäftigungs- und Erwerbstätigenzahlen für Ostdeutschland aus.

Abbildung 1: Die Beschäftigungsentwicklung in den ostdeutschen Ländern
September 1993 - September 1995



Sozialversicherungspflicht. Beschäftigte

Quelle: Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Wie die Graphik verdeutlicht, ist bis auf Berlin (Ost), und bedingt auch Sachsen-Anhalt, eine deutliche Trendwende am Arbeitsmarkt seit Mitte 1994 festzustellen. Allerdings war nach den jüngst vorgelegten Daten zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit die Beschäftigungsentwicklung zwischen Herbst 1995 und Sommer 1996 wieder etwas rückläufig, wobei die Beschäftigung aber keinesfalls unter das Niveau von 1993 gefallen ist. Den jüngsten Angaben der

Bundesanstalt für Arbeit zufolge, liegt die Zahl der Erwerbstätigen im 1sten Quartal 1996 in etwa 0.8% unterhalb des Vorjahreswertes, aber noch immer ca. 2.2% über dem 1sten Quartal von 1993. Brandenburg hat im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung fast im gesamten Beobachtungszeitraum seine Position an zweiter Stelle - hinter Thüringen - halten können, so daß man konstatieren kann, daß sich Brandenburg eher oberhalb denn mit dem ostdeutschen Trend entwickelt hat. Während in Brandenburg die Beschäftigung um ca. 2,8% gestiegen ist, haben Mecklenburg-Vorpommern (+2,4%), Sachsen-Anhalt (+0,6%), Sachsen (+2%), sowie Berlin-Ost (-7,1%) eine deutlich schwächere Beschäftigungsdynamik. Lediglich Thüringen schließt mit einem Plus von 3,4% besser ab als das Bundesland Brandenburg. Wie die **Tabelle 1** zeigt, ist die Position Brandenburgs, gemessen an der Entwicklung der Erwerbstätigen, relativ zum ostdeutschen Durchschnitt, etwas schlechter als die an der Beschäftigtenzahl gemessenen Entwicklung. Ferner verdeutlicht Tabelle 1, daß der Zuwachs an Arbeitsplätzen, gemessen an der Erwerbstätigkeit, deutlich höher ist als der an der Beschäftigung gemessene Zuwachs. Dies ist in erster Linie auf den Nachholbedarf der ostdeutschen Länder bei der Selbständigkeit - insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und des Handwerks - zurückzuführen.

Während in Westdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 1993 bis 1995 um ca. 1.8% zurückgegangen ist, konnte im Osten Deutschlands ein Zuwachs von ca. 3,2% realisiert werden. Betrachten wir somit die Beschäftigungsentwicklung insgesamt, so kann man im Land Brandenburg - aber auch in den anderen ostdeutschen Ländern, mit Ausnahme von Berlin (Ost) - von einer weitgehenden Stabilisierung des Beschäftigungsverlaufes sprechen. Dies bedeutet auf der einen Seite, daß keine weiteren dramatischen Beschäftigungseinbrüche mehr zu erwarten sind, aber auf der anderen Seite auch, daß man nicht mit einem rasanten Tempo beim Aufbau neuer Arbeitsplätze rechnen kann.

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigten und Erwerbstätigen in den Neuen Ländern¹⁾

	Beschäftigte Sept. 1995	%-Änderung 9/93 - 9/95	Erwerbstätige 1995	%-Änderung 93-95
BRANDENBURG	923,6	2.8	1.061	4.1
Mecklenburg-Vorp.	653,7	2.4	762	5.8
Sachsen-Anhalt	983,5	0.6	1.121	2.0
Sachsen	1.703,5	2.0	1.947	4.5
Thüringen	905,7	3.4	1.028	4.2
Berlin (Ost)	4.222,7	-7.1	487	-6.3
Neue Länder	5.592,8	1.4	6.406	3.2

¹⁾ Die Beschäftigungsdaten beziehen sich jeweils auf den September; bei den Erwerbstätigen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte.

Quellen: Beschäftigungsdaten: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Erwerbstätigendaten: Arbeitsgemeinschaft 'Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder'

Enthalten sind in den Beschäftigungsdaten auch die im Rahmen von ABM beschäftigten Personen, über deren quantitative Bedeutung die **Tabelle 2** informiert. In Brandenburg waren im Jahr 1995 etwa 3,3% der Beschäftigung durch ABM gestützt, während die Vergleichsquote im Jahr 1993 bei ca. 3,5% lag. Ca. 2/3 der ABM-Stellen werden von Frauen gehalten. Insgesamt sind im Zeitraum Juni 93 bis Juni 95 in Ostdeutschland ca. 12.000 ABM-Stellen weggefallen und der Anteil der ABM-gestützten Beschäftigung ist in allen Ländern - mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern - gesunken. Ohne diese ABM-Stellen wäre gegenwärtig die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland um ca. 3%-Punkte höher.

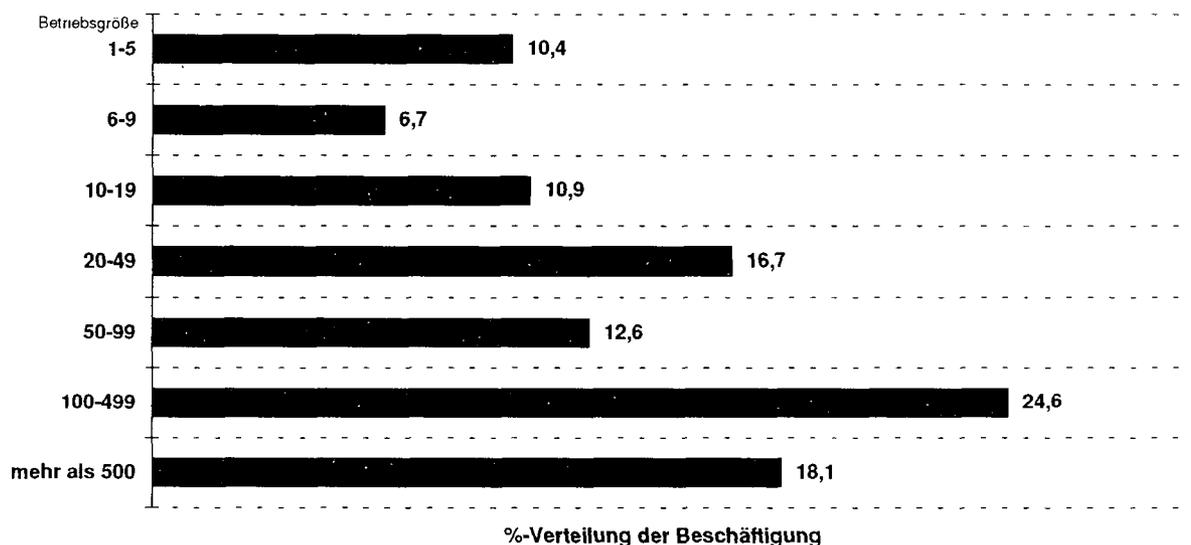
Tabelle 2: Beschäftigungsbeitrag der ABM-Stellen in den ostdeutschen Bundesländern

	% - Anteil der ABM-Stellen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten		Gesamtzahl der ABM Stellen	
	30. 6. 1993	30. 6. 1995	30. 6. 1995	30. 6. 1996
BRANDENBURG	3,5	3,3	29.800	25.500
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	5,3	34.000	27.600
Sachsen-Anhalt	5,1	4,2	40.900	42.300
Sachsen	4,3	3,5	58.700	58.000
Thüringen	4,0	4,0	35.600	38.200
Berlin (Ost)	4,4	3,4	14.400	9.800
Neue Länder	4,3	3,9	213.300	201.500

Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg

In einem weiteren Analyseschritt untersuchen wir die Beschäftigungsentwicklung nach Betriebsgrößenklassen. **Abbildung 2** zeigt die Verteilung der Beschäftigung nach der Betriebsgrößenstruktur in Brandenburg zum 31.3. 1995, wobei sich diese Angaben auf die Gesamtheit der Wirtschaftsbereiche (also auch den öffentlichen Sektor!) beziehen. Diese weicht nur unwesentlich von den Vergleichszahlen für Ostdeutschland insgesamt ab, so daß wir hier auf deren Darstellung verzichten können. Etwa 60% der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten, während auf die Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten ca. 18% der Beschäftigten entfallen. Somit liegt in Brandenburg, aber auch in Ostdeutschland insgesamt, zwischenzeitlich eine ausgeprägte 'Kleinbetriebskultur' vor, während die Bedeutung der Großbetriebe seit der Wende dramatisch abgenommen hat.

Abbildung 2: Verteilung der Beschäftigung nach der Betriebsgrößenstruktur in Brandenburg

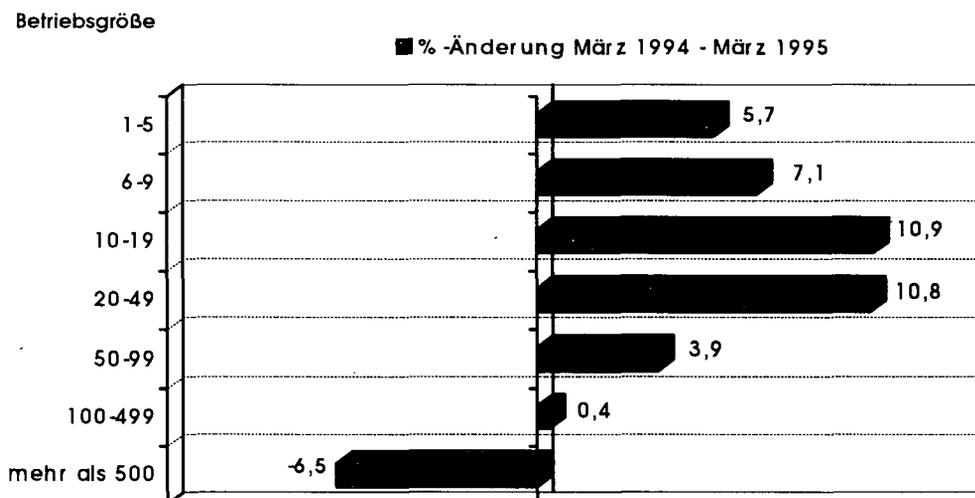


Die Angaben beziehen sich auf den 31. 3. 1995

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg

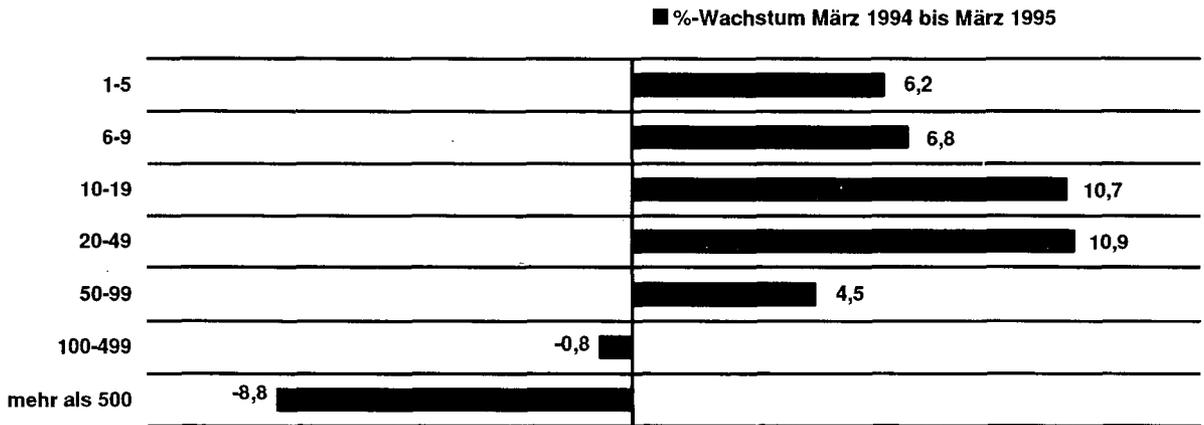
Die **Abbildung 3a** zeigt die Entwicklung der Anzahl der Betriebe in **den unterschiedlichen Größenklassen** zwischen März 94 und März 95. Während ca. 6,5% **der Großbetriebe** verschwunden sind (bzw. im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen in kleinere Einzelbetriebe aufgeteilt wurden), sind insbesondere starke Zuwächse bei **den Betrieben** in der Größenklasse von 10 bis 100 Beschäftigten zu verzeichnen. Die **Abbildung 3b** zeigt auf, welche Beschäftigungsimpulse zwischen März 94 und März 95 **von den Betrieben** unterschiedlicher Größenklasse ausgegangen sind. Während kleinere Betriebe zwischen März 94 und März 95 teilweise kräftige Beschäftigungszugewinne hatten, haben **die Betriebe** mit mehr als 500 Beschäftigten ca. 6,5% ihrer Jobs abgebaut, was einem Verlust von ca. 17.000 Arbeitsplätzen entspricht, während die Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigte **insgesamt** ca. 36.000 Arbeitsplätze neu geschaffen haben. Somit gehen in Brandenburg, **aber auch in den** anderen ostdeutschen Ländern, positive Beschäftigungsimpulse klar von **mittelständischen** Betrieben aus, während die Großbetriebe, bei denen es sich sicherlich noch **in erheblichem** Umfang um Betriebsteile ehemaliger Kombinate handelt, nach wie vor **mit erheblichen** Anpassungsproblemen zu kämpfen haben. Bezüglich der Dominanz kleiner Betriebe als Motor der Beschäftigungsentwicklung ähnelt die Situation in Brandenburg und in **Ostdeutschland** insgesamt somit sehr der Entwicklung in Westdeutschland, wo ebenfalls positive Beschäftigungsimpulse fast ausschließlich von kleineren Betrieben ausgehen.

Abbildung 3a: Entwicklung der Anzahl der Betriebe nach der Betriebsgröße in **Brandenburg**
Vergleich: März 1994 - März 1995



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg

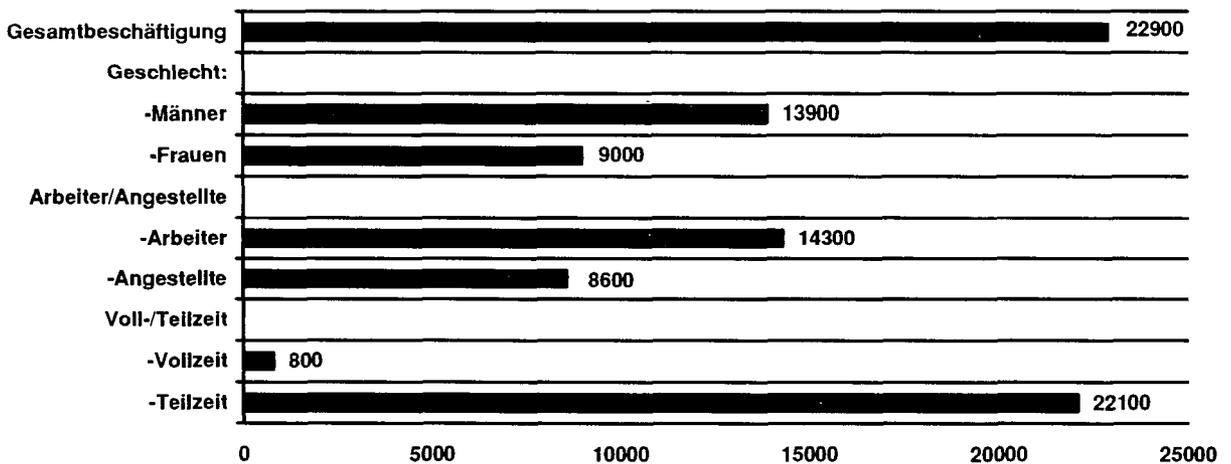
Abbildung 3b: Entwicklung der Beschäftigung nach der Betriebsgröße
 Vergleich: März 1994 - März 1995



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg

Abbildung 4 zerlegt die in Brandenburg zwischen Sept. 1993 und Sept. 1995 ca. 22.900 neu geschaffenen Jobs in diverse Einzelkomponenten. Landesweit wurden ca. 9.000 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen, während für Männer ca. 13.900 zusätzliche Arbeitsplätze hinzugewonnen werden konnten. Die Aufteilung nach Arbeitern und Angestellten zeigt, daß wesentlich mehr Jobs für Arbeiter (+14.300) als für Angestellte (+8.600) geschaffen wurden. Differenzieren wir die neu geschaffenen Arbeitsplätze nach der Arbeitszeit, so zeigt sich, daß fast der gesamte Beschäftigungsgewinn auf Teilzeitarbeitsplätze (+22.100) entfallen ist, während lediglich 800 neue Vollzeit-Arbeitsplätze entstanden sind. Im Voll- und Teilzeitbereich sind Männer und Frauen aber höchst unterschiedlich betroffen. Frauen haben ca. 9.400 Vollzeitjobs verloren und ca. 18.400 Teilzeitjobs hinzugewonnen. Für Männer gab es hingegen ca. 10.200 neue Vollzeit- und ca. 3.600 Teilzeitarbeitsplätze.

Abbildung 4: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderung in Brandenburg zwischen September 1993 und September 1995 auf Einzelkomponenten



Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg.

2.2 Das Ausmaß der Unterbeschäftigung

Da die Bundesanstalt für Arbeit aber auch die Landesarbeitsämter regelmäßig und aktuell über den Stand, die Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit detailliert berichten, wollen wir uns hier bei der Darstellung der Arbeitslosigkeit relativ kurz fassen. **Tabelle 3** informiert in der ersten Spalte über die aktuelle Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Ländern. Im Durchschnitt liegt diese Quote in Ostdeutschland zur Zeit bei etwa 16%, wobei Brandenburg mit 15,6% etwas unter dem Durchschnittswert liegt.

Problematisch an der Arbeitslosenquote ist der Umstand, daß diese durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 'künstlich' nach unten verzerrt ist; d.h. die offizielle Arbeitslosenquote unterschätzt das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Daher berechnet die Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich eine sogenannte **Unterbeschäftigungsquote**, die neben dem Bestand an Arbeitslosen auch die Teilnehmer an ABM, die Empfänger von Kurzarbeitergeld, Personen in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Empfänger von Altersübergangsgeld (Alüg), sowie Leistungsempfänger im Rahmen des § 105a-c AFG umfaßt. **Tabelle 3** weist in der letzten Spalte die jüngst verfügbaren Daten zur Unterbeschäftigungsquote für die ostdeutschen Länder aus. Die Unterbeschäftigungsquote liegt im Durchschnitt ca. 4 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote. In Brandenburg lag die Arbeitslosenquote im Juni 96 bei ca. 15,6% und die Unterbeschäftigungsquote bei fast 20%; d.h. (mindestens⁴) jede 5te Erwerbsperson ist von Arbeitsmarktproblemen betroffen.

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den Neuen Ländern

	Arbeitslosen- quote Juni 1996	Unterbeschäftigungs- quote Juni 1996
BRANDENBURG	15.6	19.9
Mecklenburg-Vorpommern	17.1	21.0
Sachsen-Anhalt	18.1	22.5
Sachsen	15.2	19.3
Thüringen	15.5	19.7
Berlin (Ost)	14,6	17.3
Neue Länder	16.0	20.1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

2.3 Die Produktionsentwicklung in Brandenburg und in den Neuen Ländern

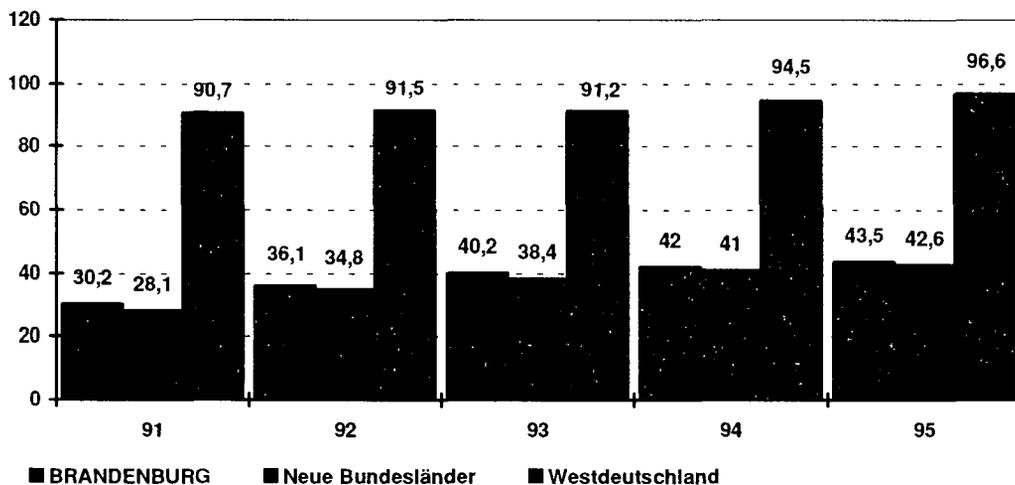
Im Rahmen unserer Betrachtung der Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt in Brandenburg wollen wir noch einen Blick auf die Produktions- bzw. Produktivitätsentwicklung in Ostdeutschland werfen. **Abbildung 5** zeigt die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in Brandenburg im Vergleich zum ost- und westdeutschen Durchschnitt. Während in Westdeutschland im Jahr 1995 ein reales Bruttoinlandsprodukt von ca. 96.600 DM je Erwerbstätigen erwirtschaftet wurde, betragen die Vergleichszahlen für Ostdeutschland ca. 42.600 DM und ca. 43.500 DM in Brandenburg. Demnach beträgt die sogenannte 'Produktivitätslücke' zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahr 1995 noch immer ca. 55% während sie 1991 noch bei ca. 67% lag.

⁴ Zu berücksichtigen wäre ferner, daß es auch Personen gibt die nicht als arbeitslos gemeldet sind und auch nicht an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen partizipieren. Diese sogenannte 'Stille Reserve' würde das Ausmaß der Unterbeschäftigung sogar noch erhöhen. Darüberhinaus wurden in erheblichem Umfang auch Arbeitskräfte durch 'Frühverrentungen' dem Arbeitsmarkt entzogen.

Diese Zahlen sollten aber nicht überinterpretiert werden, da ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland äußerst problematisch ist. Zum einen ist das Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland deshalb nicht unmittelbar vergleichbar, weil die Löhne in Ostdeutschland deutlich unter den Löhnen in Westdeutschland liegen; der Unterschied dürfte sich eher in einer Größenordnung von über 20% als dem 'tariflichen' Lohndifferential von ca. 15% bewegen. Da das Bruttoinlandsprodukt weitgehend der Bruttowertschöpfung entspricht und diese wiederum zum größten Teil aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit besteht, werden durch die Lohndifferenziale zwischen Ost- und Westdeutschland die 'Produktivitäts'unterschiede erheblich überzeichnet. Ferner ist zu bedenken, daß in Ostdeutschland immer noch ein Nebeneinander von 'alten' Strukturen bzw. Betrieben und hochmodernen wettbewerbsfähigen neuen Betrieben. Die älteren Betriebe haben sicherlich im Vergleich zu westdeutschen Betrieben noch erhebliche tatsächliche Produktivitätsnachteile (weil z.B. mit überalterten Anlagen produziert wird), während auf der anderen Seite die durch Neuinvestitionsmaßnahmen geschaffenen modernen Betriebe eher einen Produktivitätsvorteil denn Produktivitätsnachteil gegenüber vergleichbaren westdeutschen Betrieben haben. Ein Investor, der einen ost- und westdeutschen Standort vergleicht, wird sich an der Produktivität bzw. Rendite seiner Neuinvestition orientieren und nicht an der durchschnittlichen Produktivität der in Ostdeutschland operierenden Betriebe. Somit reflektiert die vielfach zitierte 'Produktivitätslücke' zwischen Ost- und Westdeutschland eher die Lohndifferenziale und den noch verbleibenden Umstrukturierungsbedarf in Ostdeutschland aber keinesfalls Standortnachteile für Investoren. Insbesondere sagt diese 'Produktivitätslücke' nicht aus, daß Neuinvestitionen in Ostdeutschland eine geringere Rendite als in Westdeutschland abwerfen, oder daß neu geschaffene Arbeitsplätze in Ostdeutschland 'weniger produktiv' als in Westdeutschland sind.

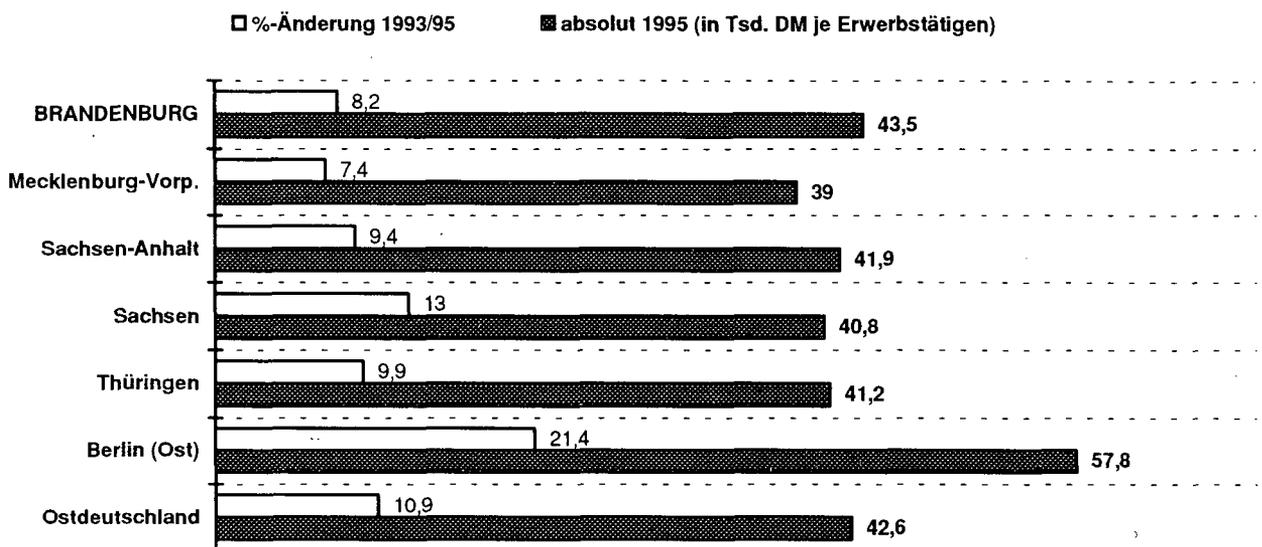
Abbildung 5: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes von 1991 bis 1995 je Erwerbstätigen (Preisbasis 1991)

- Angaben in 1.000 DM je Erwerbstätigen -



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Abbildung 6: Vergleich der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes über die ostdeutschen Länder (Preisbasis 1991)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Abbildung 6 vergleicht die Entwicklung und das Niveau des Bruttoinlandsproduktes der ostdeutschen Länder. Den höchsten Pro-Erwerbstätigen-Stand hat Berlin (Ost) erreicht, während auf der anderen Seite Mecklenburg-Vorpommern fast 10% unterhalb des ostdeutschen Durchschnittswertes liegt. Brandenburg rangiert hier an zweiter Stelle. Zwischen 1993 und 1995 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um ca. 11% gestiegen (Vergleichszahl für Westdeutschland: ca. 6%). Hier ist insbesondere in Berlin (Ost), aber auch in Sachsen eine weit überdurchschnittliche Entwicklung festzustellen, während auf der anderen Seite Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Brandenburg unterhalb des ostdeutschen Durchschnitts liegen.

2.4 Die sektorale Entwicklungen in Brandenburg im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern

Nach der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen wollen wir uns nunmehr einer detaillierten Analyse sektoraler Entwicklungen zuwenden. **Tabelle 4** zeigt die sektorale Verteilung der Beschäftigten im Juni 1995 in den Neuen Ländern nach 10 Wirtschaftsbereichen. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg entfallen noch mehr als 4.5% der Arbeitsplätze auf die Landwirtschaft während in den anderen Neuen Ländern die Vergleichszahl unterhalb der 3.5%-Marke liegt. Im Hinblick auf die Industrie haben die Bundesländer Sachsen und Thüringen die größten Sektoranteile, und es sind die auch die einzigen der ostdeutschen Länder in denen das Verarbeitende Gewerbe die 20%-Marke überschritten hat. Der Bausektor ist am stärksten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg ausgeprägt. Im Bereich der Dienstleistungen nimmt der Handel in allen Neuen Ländern eine vergleichbare Größenordnung von ca. 11% ein; nur Berlin (Ost) liegt hier deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Dies führen wir darauf zurück, daß, wie wir in unserer nachfolgenden Analyse interregionaler Entwicklungen aufzeigen werden, sich der Handel in Berlin in den letzten Jahren zunehmend suburbanisiert hat und in das stadtnahe Brandenburger Umland gewandert ist. Noch relativ dürftig ist die Beschäftigung im Sektor Banken und Versicherungen in den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere aber in Brandenburg, vertreten. Während in Ostdeutschland dieser Bereich gerade 1.9% erreicht, entfallen in Westdeutschland ca. 4.3% der Jobs auf Banken und Versicherungen. Wegen der im methodischen Exkurs angesprochenen Änderungen in der sektoralen Zuordnung der

Beschäftigten im öffentlichen Sektor ist ein Vergleich der Wirtschaftsbereiche 'Sonstige Dienstleistungen' sowie 'Organisationen ohne Erwerbscharakter' und 'Gebietskörperschaften' etwas problematisch, da u. U. die korrekte statistische Erfassung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit vorangeschritten ist. Wir wollen daher einer Interpretation dieser Daten absehen. Bezüglich der Position Brandenburgs im Sektorvergleich der Neuen Länder bleibt aber festzuhalten, daß sich Brandenburg in keinem Wirtschaftsbereich in größerem Umfang von den Vergleichszahlen für die Gesamtheit der Neuen Länder abhebt.

Tabelle 4: Die Sektorstruktur der ostdeutschen Länder im September 1995

	BB	MV	SA	S	TH	B (O)	NBL
Landwirtschaft	4.6	4.8	3.3	2.8	3.3	0.6	3.3
<u>Produzierendes Gewerbe</u>	35.7	31.0	37.6	39.0	38.4	24.5	36.1
- Energie/Bergbau	3.4	1.4	1.8	2.3	1.8	1.5	2.2
- Verarbeitendes Gewerbe	16.7	15.0	18.9	21.4	22.1	12.1	18.8
- Bau	15.6	14.6	16.9	15.3	14.5	10.9	15.1
<u>Dienstleistungsbereich:</u>	42.2	46.6	40.7	45.6	43.7	55.8	44.9
- Handel	10.6	10.7	11.0	10.8	10.8	9.5	10.7
- Verkehr/Nachrichten	6.9	7.5	7.1	6.4	5.8	9.5	6.9
- Banken/Versicherung	1.5	1.8	1.6	2.1	1.9	2.2	1.9
- sonst. Dienstleistungen	23.2	26.6	21.0	26.3	25.2	34.6	25.4
<u>Gebietskörperschaften/Organisationen</u>	17.4	17.6	18.5	12.6	14.5	19.0	15.8
- Organisationen	4.2	6.4	2.9	3.1	3.7	3.9	3.8
- Gebietskörperschaften	13.2	11.2	15.6	9.5	10.8	15.1	12.0

Quelle: Berechnet aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

BB = Brandenburg - MV = Mecklenburg-Vorpommern - SA = Sachsen-Anhalt

S = Sachsen - TH = Thüringen - B(O) = Berlin (Ost) - NBL = Neue Bundesländer

Die **Tabelle 5** dokumentiert die Beschäftigungsentwicklung, differenziert nach 10 Wirtschaftsbereichen in den Neuen Bundesländern im Zeitraum September 1993 bis September 1995. Die Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen verdeutlicht, daß das gute Abschneiden von Brandenburg insbesondere auf eine bessere Beschäftigungsentwicklung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe sowie den Handel zurückzuführen ist. Wie in unserem methodischen Exkurs ausgeführt, ist die starke Zunahme des Bereichs der 'Sonstigen Dienstleistungen' zu einem großen Teil auf statistische Umbuchungen aus dem Sektor Gebietskörperschaften zurückzuführen und soll an dieser Stelle daher nicht interpretiert werden um falsche Schlußfolgerungen zu vermeiden, Im weiteren Verlauf unserer Ausführungen werden wir auf dieses Thema nochmals detailliert eingehen. Lediglich im Bereich Banken und Versicherungen, der allerdings für Brandenburg (noch) relativ unbedeutend ist, liegt Brandenburg unterhalb der Entwicklung in Ostdeutschland. Auch der - mit Ausnahme von Berlin (Ost) - in allen Ländern zu verzeichnende starke Beschäftigungsanstieg im Bereich 'Organisationen ohne Erwerbscharakter' sollte nicht ausschließlich als realer Beschäftigungszugewinn betrachtet werden. Vielfach gingen Einrichtungen gerade in kommunaler Trägerschaft auf Organisationen ohne Erwerbscharakter, wie etwa Kirchen und Wohlfahrtsverbände über, so daß die starke Beschäftigungszunahme in diesem Bereich teilweise gegen den Beschäftigungsabbau im Sektor Gebietskörperschaften aufzurechnen ist.

Tabelle 5: Beschäftigungsentwicklung nach 10 Wirtschaftsbereichen in den Neuen Bundesländern von September 1993 bis September 1995.

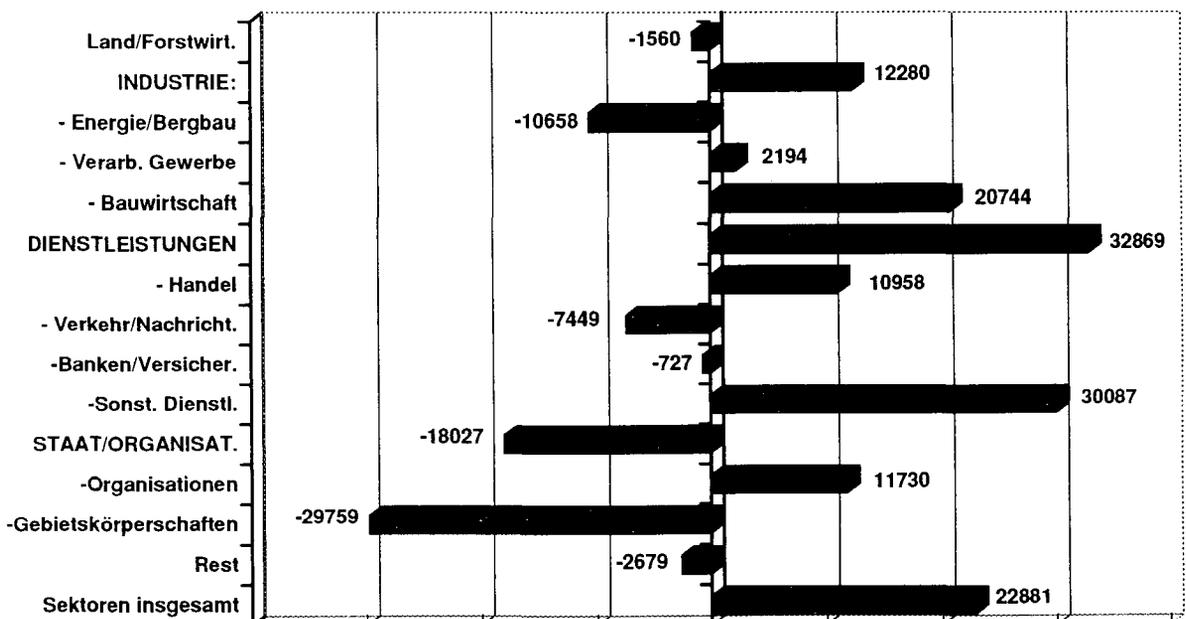
	BB	MV	SA	S	TH	B (O)	NBL
Landwirtschaft	-5.6	-20.9	-12.5	-1.2	-3.7	8.2	-7.7
<u>Produzierendes Gewerbe</u>	3.8	6.9	1.3	1.2	1.9	-4.8	2.0
- Energie/Bergbau	-25.9	-18.5	-8.8	-31.0	-12.4	-15.5	-12.5
- Verarbeitendes Gewerbe	1.4	2.4	-11.0	-3.6	-1.5	-12.2	-3.8
- Bau	16.5	15.2	21.2	16.6	10.0	7.0	15.7
<u>Dienstleistungsbereich:</u>	9.2	5.1	4.8	6.8	13.0	5.8	6.4
- Handel	12.4	3.9	6.0	4.3	10.3	-12.5	5.4
- Verkehr/Nachrichten	-10.6	-11.7	-14.6	-7.3	-6.1	-17.4	-10.8
- Banken/Versicherung	-5.0	2.6	-4.2	3.0	-0.2	-2.0	-0.3
- sonst. Dienstleistungen	16.2	11.7	13.4	12.3	21.1	2.8	13.2
<u>Gebietskörperschaften/Organisationen</u>	-10.3	-4.8	-6.7	-10.1	-14.4	-17.2	-10.2
- Organisationen	43.2	44.2	21.6	27.4	36.1	1.1	30.8
- Gebietskörperschaften	-20.1	-20.0	-10.5	-18.2	-24.0	-10.8	-18.3
alle Wirtschaftsbereiche	2.8	2.4	0.6	2.0	3.4	-7.1	1.4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

BB = Brandenburg - MV = Mecklenburg-Vorpommern - SA = Sachsen-Anhalt

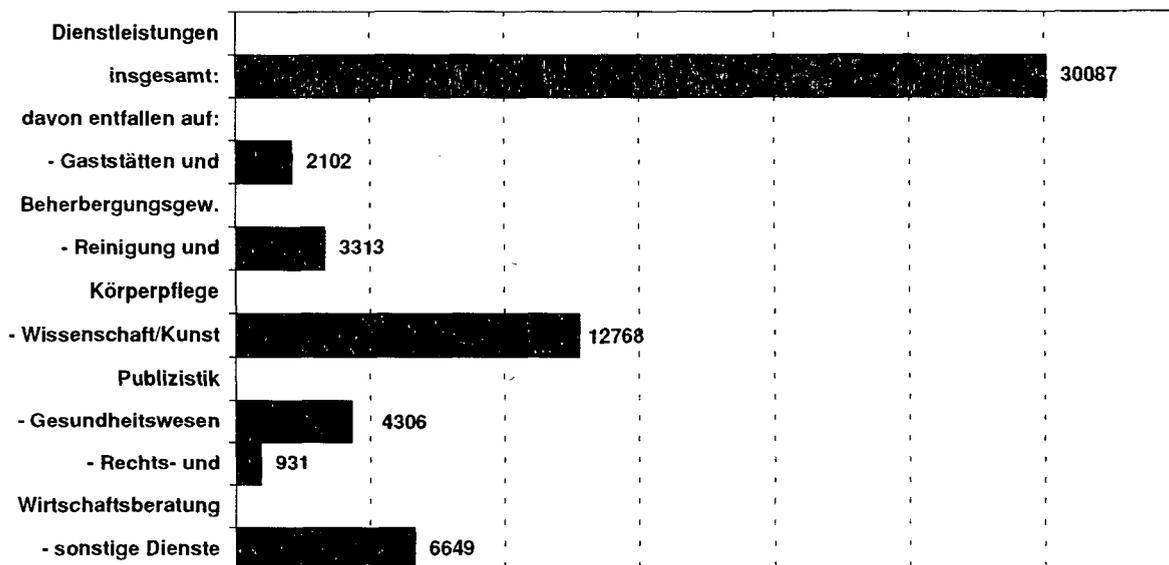
S = Sachsen - TH = Thüringen - B(O) = Berlin (Ost) - NBL = Neue Bundesländer

Abbildung 7: Absolute Beschäftigungsänderungen nach 10 Wirtschaftsbereichen in Brandenburg zwischen September 1993 und September 1995.



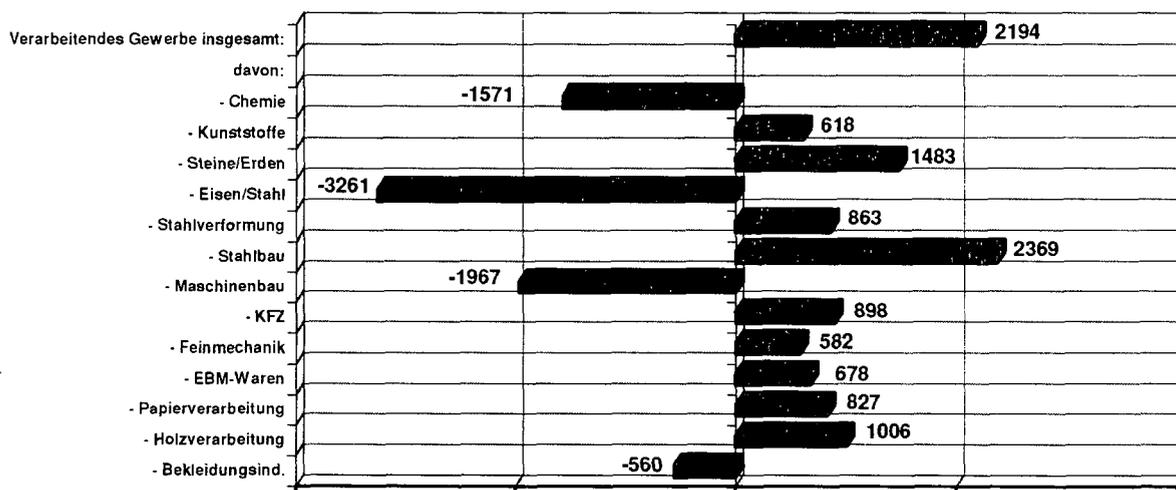
Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesamtes für Arbeit, Berlin-Brandenburg

Abbildung 8a: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich 'Sonstige Dienstleistungen' in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995



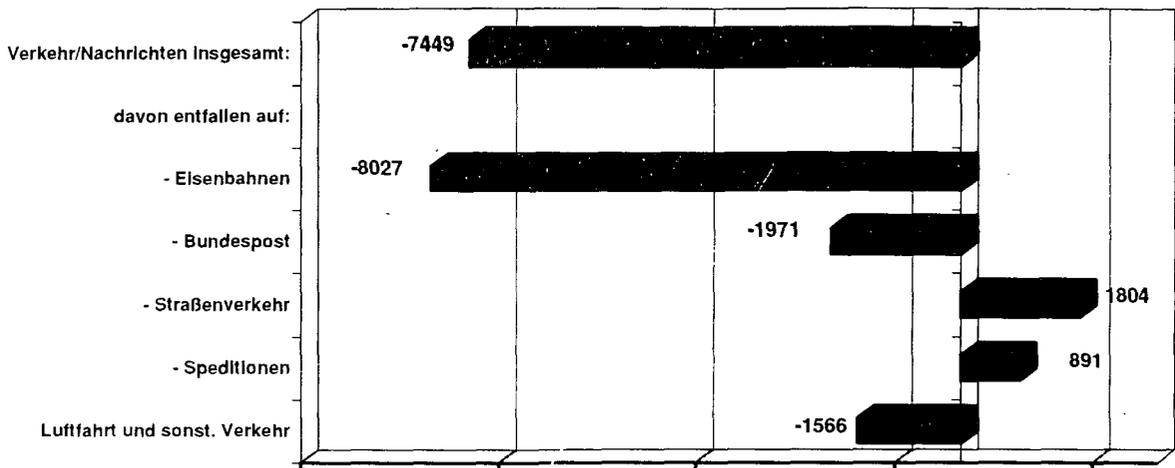
Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg

Abbildung 8b: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich 'Verarbeitendes Gewerbe' in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995



Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg

Abbildung 8c: Aufspaltung der absoluten Beschäftigungsänderungen im Bereich 'Verkehr und Nachrichten' in Brandenburg: Sept. 1993 - Sept. 1995



Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg

Die in der Tabelle 5 ausgewiesenen Veränderungsdaten sagen über die absoluten Beschäftigungsbeiträge der einzelnen Sektoren in Brandenburg nichts aus. Daher zeigt **Abbildung 7** die absolute Beschäftigungsänderung in den einzelnen Sektoren im Vergleich zum September 1993. Der Bereich der 'Sonstigen Dienstleistungen' weist den größten absoluten Beschäftigungszuwachs von ca. 30.000 Jobs aus, während auf der anderen Seite die *Gebietskörperschaften* mit einem Minus von ca. 30.000 Jobs zu Buche schlagen. Diese Daten aus der Beschäftigtenstatistik verzerren jedoch das Bild der Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor wegen der oben diskutierten Abgrenzungs- und Umbuchungsproblematik. Um dieses Problem transparent zu machen, zeigt **Abbildung 8a** eine tiefergehende Analyse der Beschäftigungsänderungen im Dienstleistungsbereich. Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wurden ca. 2.100 Jobs, im Bereich der Reinigung und Körperpflege (also insbesondere Wäschereien, Reinigungen, Friseur- und Kosmetikgewerbe) ca. 3.300 neue Jobs geschaffen. Der Bereich Wissenschaft, Schulen, Kunst und Publizistik schlägt mit einem Plus von ca. 13.000 Jobs zu Buche und auch das Gesundheits- und Veterinärwesen ist mit einem Plus von ca. 4.300 Jobs vertreten. Diese letzten beiden Komponenten zeigen in etwa das Ausmaß der 'Umbuchungen' Beschäftigter aus dem Bereich der 'Gebietskörperschaften' in den Dienstleistungsbereich im Zuge der Zuordnung von Beschäftigten in den wirtschaftszweigsystematischen 'richtigen' Sektor.

Das *Verarbeitende Gewerbe* verzeichnete in Brandenburg im Untersuchungszeitraum einen Beschäftigungszugewinn von ca. 2.200 Arbeitsplätzen und im *Baugewerbe* ist ein kräftiger Beschäftigungszuwachs von fast 21.000 Jobs festzustellen. In der **Abbildung 8b** wird eine detaillierte Aufspaltung der Beschäftigungsänderungen im Verarbeitenden Gewerbe präsentiert. Starke Beschäftigungseinbußen mußten insbesondere der Bereich der Eisen- und Stahlerzeugung (-3.300), der Maschinenbau (-2.000), die Chemische Industrie (-1.600) aber auch das Bekleidungs-gewerbe (-550) hinnehmen. Auf der anderen Seite haben die Bereiche Stahl- und Leichtmetallbau (+2.400), die Industrie 'Steine und Erden' (+1.500) und Holzverarbeitung (+1.000) Jobs hinzugewonnen. Zugewinne in der Größenordnung zwischen 500 und 1.000 Arbeitsplätzen gab es auch im Sektor Kunststoffverarbeitung, Stahlverformung, KFZ, Feinmechanik, Eisen-, Blech- und Metallwaren (EBM), sowie der Papierverarbeitung. Der *Handel* hat im Vergleichszeitraum Sept. 93 bis Sept. 95 fast 11.000 neue Arbeitsplätze

geschaffen. Ein weiterhin hoher Beschäftigungsabbau ist für den Bereich *Energie und Bergbau* sowie dem Sektor *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* auszumachen. Die Entwicklung im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung wird in der **Abbildung 8c** detaillierter betrachtet. Der Arbeitsplatzabbau von ca. 7.500 Jobs in diesem Bereich ist nahezu gänzlich auf den Beschäftigungsabbau bei Bahn und Post zurückzuführen, während im Bereich des privaten Straßenverkehrs (wie z.B. Taxi- und Busunternehmen) sowie im Speditionsbereich zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Im Bereich der *Land- und Forstwirtschaft* fielen nochmals ca. 1.600 Arbeitsplätze weg. Ca. 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind hingegen im Bereich der *Organisationen ohne Erwerbscharakter* (der auch die quantitativ unbedeutende Beschäftigung bei privaten Haushalten umfaßt) festzustellen. Dieser Zuwachs dürfte allerdings auch in nicht unbedeutendem Maße darauf zurückzuführen sein, daß Beschäftigte, die aus dem öffentlichen Sektor ausgeschieden sind, hier unter anderer Trägerschaft wieder 'auftauchen'. So z.B. wenn kommunale Einrichtungen, wie Kindergärten oder Altenpflegeheime, an karitative Verbände, wie Kirchen und Wohlfahrtsverbände, übergeben werden.

2.3 Zur Rolle des Staates als Arbeitgeber in Brandenburg⁵

Der öffentliche Sektor nimmt in den Volkswirtschaften der Industrieländer eine wichtige Rolle als Arbeitgeber wahr, und ist somit auch in einer unmittelbaren 'Pflicht' gegenüber dem Arbeitsmarkt. So entfielen in Westdeutschland 1994 ca. 15% der Erwerbstätigen auf den Sektor Staat und in Ostdeutschland ca. 21% (Vergleichszahl für Brandenburg: 20,9%). Allerdings ist der Beschäftigungsanteil des Staates in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland von daher nur bedingt vergleichbar, da ein erheblicher Anteil der ABM-Stellen sowie der durch Lohnkostenzuschüsse gestützten Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor vorzufinden beschäftigt sind, so daß der Staat in Ostdeutschland in nicht unerheblichem Umfang durch diese aktive Integration in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschäftigungsmäßig 'aufgebläht' und damit auch einen aktiven Beitrag zur Beschäftigungspolitik leistet. Dennoch besteht in Ostdeutschland weiterhin ein erheblicher Anpassungsbedarf in Richtung Beschäftigungsabbau im öffentlichen Sektor, der auch im Zuge der notwendigen Haushaltskonsolidierung unbedingt umgesetzt werden muß.

Die Erwerbstätigen im Sektor Staat teilen sich auf in die:

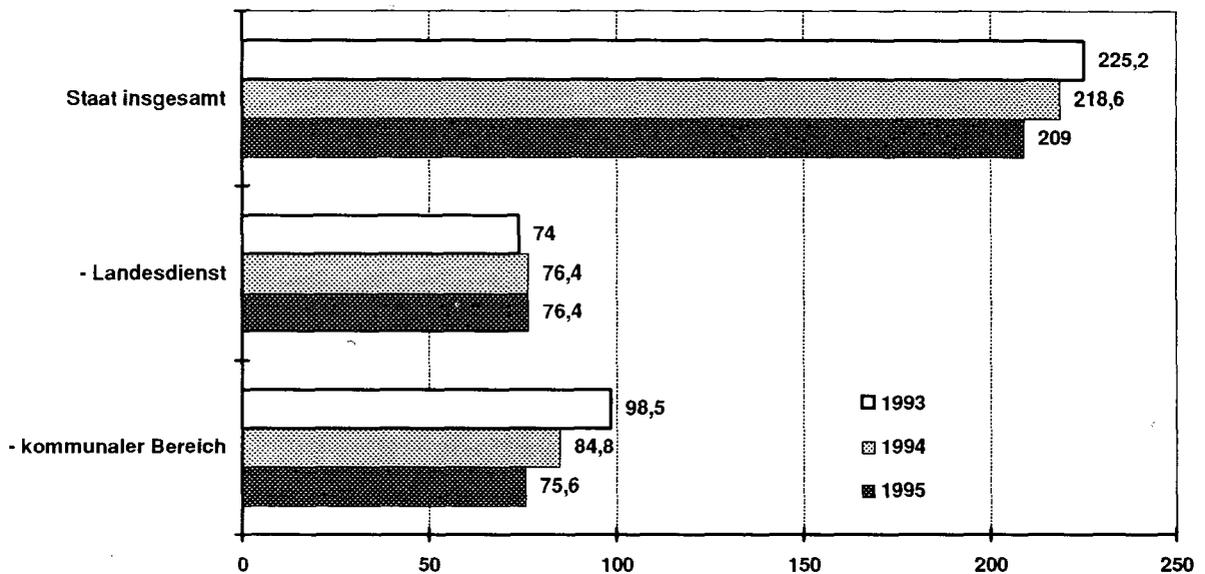
- *unmittelbar im öffentlichen Dienst tätigen Personen*, diese umfassen die Bediensteten beim Bund (hierzu gehören auch die Soldaten), Länder und Gemeinden, sowie der kommunalen Zweckverbände sowie die
- *mittelbar im öffentlichen Dienst tätigen Personen*, insbesondere die Bediensteten bei den Sozialversicherungen.

Auf die Situation im Land Brandenburg übertragen, waren 1994 ca. 218.700 Personen im öffentlichen Sektor erwerbstätig, wovon ca. 159.000 Personen im Dienste vom Land und den brandenburgischen Kommunen standen. Der Differenzbetrag entfällt auf Erwerbstätige beim Bund (wie z.B. Soldaten, Bundesgrenzschutz, Bedienstete in Bundesbehörden usw.) sowie die Sozialversicherungen. Im Jahr 1993 waren noch ca. 178.800 Personen im Dienste des Landes oder der Kommunen in Brandenburg tätig. Der Verlust von ca. 20.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst Brandenburgs im Zeitraum 1993/94 (also ohne Erwerbstätige im Bundesdienst) ist gänzlich auf den Beschäftigungsabbau in den Kommunen zurückzuführen, die 'erblastbedingt' nach der Wende sehr viel Personal übernommen haben (bzw. übernehmen

⁵ Die Angaben zu diesem Abschnitt wurden berechnet aus der Statistik der 'Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten' der Bundesanstalt für Arbeit, der 'Erwerbstätigenrechnung der Arbeitsgemeinschaft 'Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder' sowie der Statistik über 'Personal im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg' des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam.

mußten) und teilweise noch immer beschäftigen. Während in Landesdiensten die Beschäftigung von ca. 74.000 im Jahr 1993 auf ca. 78.000 im Jahr 1995 angestiegen ist, haben die Kommunen den Bestand an Bediensteten von ca. 98.000 im Jahr 1993 auf ca. 75.000 im Jahr 1995 reduziert. Der derzeitige Beschäftigungsbestand bei den Kommunen in Brandenburg - dies gilt auch für die anderen ostdeutschen Länder - ist im Vergleich zu Westdeutschland noch immer recht hoch⁶, so daß hier mit einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen - auch im Interesse der Konsolidierung der kommunalen Haushalte sowie der Stärkung der Investitionskraft der Kommunen - zu rechnen ist.⁷

Abbildung 9: Beschäftigung im öffentlichen Sektor im Land Brandenburg



Quelle: Berechnet aus der Erwerbstätigenrechnung, sowie der Statistik des Personals im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg.

Wie in unserem Exkurs dargestellt wurde, sind die Daten der Erwerbstätigenrechnung und der Beschäftigtenstatistik nicht vergleichbar, was sich insbesondere auf die Bestimmung des Engagements der öffentlichen Hand am Arbeitsmarkt auswirkt.

Die **Abbildung 9** zeichnet ein präziseres Bild von der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Brandenburgs. 1995 hatte der öffentliche Sektor mit ca. 209.000 Erwerbstätigen einen Anteil von ca. 20% an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen; 1993 lag dieser Anteil noch bei ca. 22,1%, so daß per Saldo der öffentliche Sektor in Brandenburg in diesen zwei Jahren in etwa 7,2% der Arbeitsplätze abgebaut hat. Die Abbildung verdeutlicht ferner, daß die Beschäftigung im Landesdienst um ca. 2.400 leicht angestiegen ist, während der kommunale Bereich fast 23.000 Arbeitsplätze abgebaut hat. **Tabelle 6** zeigt die Vergleichszahlen für die anderen ostdeutschen Länder, sowie die Durchschnittszahlen für Westdeutschland. Soll das Ziel eines 'schlanken' Staates in den ostdeutschen Ländern erreicht werden, darf die Anzahl der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor je 1.000 Einwohner in Ostdeutschland keinesfalls oberhalb der Vergleichszahl für Westdeutschland, sondern eher darunter liegen. Dies würde einen weiteren Abbau in Ostdeutschland von ca. 240.000 Arbeitsplätzen implizieren, wovon ca. 40.000 Arbeitsplätze auf das Land Brandenburg entfallen müßten. Da wohl ein großer Teil der gegenwärtig ca. 24.000 ABM-Stellen und der ca. 17.000 nach §249h AFG mit Lohnkostenzuschüssen

⁶ In Westdeutschland beträgt der Anteil der Beamten und Richter im öffentlichen Dienst ca. 35%; die Vergleichszahlen für das Land Brandenburg liegen bei ca. 23% im Landesdienst und bei ca. 2% im Dienst der Kommunen in Brandenburg (Stand: 1995).

⁷ So haben die ostdeutschen Kommunen im Jahr 1995 - trotz niedriger Löhne - pro Einwohner ca. 30% mehr für Personal ausgegeben als die westdeutschen Kommunen.

gestützten Arbeitsplätze in Brandenburg wie auch den anderen ostdeutschen Ländern auf den öffentlichen Sektor entfallen, wäre der Anteil der nicht durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gestützten Arbeitsplätze, die vom notwendigen Stellenabbau im öffentlichen Dienst betroffen sind, relativ gering. Daher besteht hier auch kein akuter Handlungsbedarf der öffentlichen Hand in Brandenburg. Allerdings wird es den öffentlichen Händen in Brandenburg schwer fallen den im Zuge von Kürzungsmaßnahmen absehbaren Wegfall von ABM-Stellen und gemäß §249 AFG geförderten Jobs zu kompensieren, so daß in den nächsten beiden Jahren sicherlich noch mit einem Verlust von ca. 10.000 Jobs im öffentlichen Sektor Brandenburgs gerechnet werden muß.

Tabelle 6: Die Bedeutung des öffentlichen Sektors für den Arbeitsmarkt

	Anteil der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor im Jahr 1994 an den Erwerbstätigen insgesamt	Erwerbstätige im öffentlichen Sektor 1994 je 1.000 Einwohner
BRANDENBURG	21,0	86,2
Mecklenburg-Vorp.	21,9	88,5
Sachsen-Anhalt	21,4	85,3
Sachsen	19,1	77,2
Thüringen	20,4	81,2
Berlin (Ost)	23,1	88,4
Neue Länder	20,6	83,0
Alte Länder	16,9	68,0

Quelle: Berechnet aus Angaben der Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Landesämter
Der öffentliche Sektor ist definiert als Erwerbstätige insgesamt bei Bund, Ländern und Kommunen unter Einschluß der Sozialversicherung. Bahn- und Postbedienstete sind nicht enthalten.

3. Regionale Disparitäten am Arbeitsmarkt in Brandenburg

Um die interregionalen Entwicklungsunterschiede innerhalb des Landes Brandenburg zu untersuchen, werden Arbeitsmarktdaten auf der Ebene der 39 Dienststellen⁸ der Arbeitsämter ausgewertet. In Brandenburg, wie aber auch in den anderen sowohl ostdeutschen als auch westdeutschen Ländern sind teilweise doch recht drastische Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Regionen zu beobachten. Solche Disparitäten sind der Reflex unterschiedlicher Sektorstrukturen, Unterschiede in der Lage- bzw. Standortgunst - bedingt durch geographische Besonderheiten, aber auch der Erschließung mit Verkehrsinfrastruktur -, Unterschiede in den Fähigkeiten und im Geschick der regionalen Akteure bei der Erarbeitung und Durchsetzung regionaler Entwicklungskonzepte, usw.

Um zu einer Einschätzung der Wirtschaftskraft der Regionen in Brandenburg zu kommen, wurde zunächst die Frage untersucht, wie sich die einzelnen Regionen entwickelt hätten, wenn die landesdurchschnittlichen sektoralen Beschäftigungsänderungen in allen Regionen identisch dem Landesdurchschnitt gewesen wären. Die Differenz aus dieser theoretischen Beschäftigungsentwicklung und der tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung wird als 'Standortfaktor' bezeichnet und ist ein Indikator dafür, in welchem Ausmaß eine Region spezifische Entwicklungsnachteile bzw. -vorteile hat. Ist die berechnete theoretische Beschäftigungsentwicklung höher als die tatsächlich beobachtete Beschäftigungsentwicklung,

⁸ Wegen Zuordnungsproblemen wurden die Dienststellen Spremberg und Senftenberg zusammengefaßt, so daß unsere Analyse letztendlich auf 38 Dienststellen beruht.

so hat die Region schlechter abgeschnitten als es eigentlich auf Grund der Industriestruktur zu erwarten gewesen wäre, was als ein Resultat negativ wirkender Standortfaktoren interpretiert wird. Im umgekehrten Fall liegt ein positiver Standortfaktor vor, d.h. das regionale Beschäftigungswachstum liegt - unter Berücksichtigung unterschiedlicher Branchenstrukturen - über der landesdurchschnittlichen Entwicklung. Diese, als Shift-Share-Analyse bezeichnete Methode wurde auf die 39 AAD der Periode Juni 1993 bis Juni 1995 angewendet. Den Berechnungen zufolge sind **Entwicklungsnachteile** in den Regionen (Angaben in Klammern: tatsächliche minus theoretische Beschäftigungszuwachsraten, also der sogenannte 'Standortfaktor'):

- Guben (-14,6%)
- Eisenhüttenstadt (-14,3%)
- Brandenburg (Stadt) (-9,9%)
- Bad Freienwalde (-9,6%)
- Eberswalde (-9,6%)
- Luckau (-8,9%)
- Schwedt (-6,4%)

zu diagnostizieren. Diese Regionen haben im Analysezeitraum eine Beschäftigungsentwicklung erfahren, die weit unterhalb der aufgrund der Landestrends zu erwartenden Beschäftigungszuwachsraten liegt. Auf der anderen Seite sind für folgende Regionen deutlich **positive Standortfaktoren** auszumachen (Angaben in Klammern: tatsächliche minus theoretische Beschäftigungszuwachsraten):

- Seelow (8,2%)
- Luebben (8,6%)
- Belzig (8,6%)
- Strausberg (9,1%)
- Neuruppin (10,5%)
- Königs-Wusterhausen (12,8%)
- Nauen (13,5%)
- Zossen (23,3%)

Bei der ersten Gruppe mit negativen Standortfaktoren ist auffallend, daß diese Regionen zumeist im Ostteil des Landes liegen, während in der Liste der Regionen mit positiven Standortbeiträgen die Nähe zu Berlin die hervorstechende Eigenschaft ist.

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurde die sektorale Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Regionen detailliert ausgewertet. Da die Einzeldarstellung der Arbeitsamt-Dienststellen angesichts der Vielzahl der Informationen kaum noch überschaubar ist, haben wir hierzu Brandenburg in vier sich nicht überschneidende Teilräume zerlegt:

1. **Ostbrandenburg** (Ost-BB): Cottbus, Forst, Guben, Luebben, Eberswalde, Angermünde, Schwedt, Frankfurt/Oder, Senftenberg/Spremberg, Beeskow, Seelow, Eisenhüttenstadt, Bad Freienwalde.
2. Der **Speckgürtel um Berlin** (Speckgürtel): Bernau, Fürstenwalde, Stausberg, Nauen, Oranienburg, Potsdam, Zossen, Königswusterhausen
3. **Nordwest-Brandenburg** (NW-BB): Prenzlau, Templin, Neuruppin, Gransee, Kyritz, Perleberg, Pritzwalk, Rathenow, Wittstock
4. **Südwest-Brandenburg** (SW-BB): Bad Liebenwerda, Luebbenau, Finsterwalde, Herzberg, Luckau, Belzig, Brandenburg (Stadt), Luckenwalde

Neben diesen vier Teilregionen, die zusammengenommen das Land Brandenburg insgesamt umfassen, haben wir noch zwei weitere Regionstypen definiert, nämlich die Gruppe der größeren Städte in Brandenburg, sowie die Oder-Region. Die erstere Gruppe ist von daher interessant, da die Frage untersucht werden soll, in welchem Umfang sich bereits in

Brandenburg Suburbanisierungsbewegungen der Betriebe andeuten, also die Tendenz, neue Betriebe eher außerhalb denn innerhalb größerer Städte anzusiedeln. Mit der Oder-Region wollen wir die Grenzlandproblematik Brandenburgs etwas näher beleuchten. Im einzelnen umfassen die beiden Teilregionen:

5. Die **brandenburgischen 'Großstädte'** (Städte): Die kreisfreien Städte Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam, Stadt Brandenburg⁹
6. Die **Oder-Regionen** (Oder-Region): Forst, Guben, Eberswalde, Angermünde, Schwedt, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt, Seelow, Bad Freienwalde

Bei aller 'Willkür', die dieser rein geographischen Abgrenzungen unterliegt, erhoffen wir uns dennoch die regionalen Disparitäten in Brandenburg hinreichend darstellen zu können.

Tabelle 7: Regionale Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg.
Beschäftigungsveränderung Juni 1993 bis Juni 1995.

	BB	Ost-BB	NW-BB	SW-BB	Speckgürtel	Oder-Region	Städte
Landwirtschaft	-5.1	-4.6	-9.3	-12.6	6.8	-6.5	-3.2
Energie/Bergbau	-31.8	-35.1	36.8	-25.5	-21.2	-7.9	-32.8
Verarbeitendes Gewerbe	-0.1	-7.2	6.0	0.9	4.4	-17.5	-16.2
Bau	21.7	25.8	27.8	15.4	19.1	4.8	-4.6
Handel	15.7	6.7	4.9	13.3	29.4	5.9	-8.7
Verkehr/Nachrichten	-10.6	-11.9	-11.4	-33.9	3.1	-20.7	-10.3
Banken/Versicherung	-3.5	-2.3	-7.9	-8.8	-0.7	-2.3	7.0
sonst. Dienstleistungen	18.2	18.5	28.2	13.0	16.7	19.4	9.9
Organisationen	49.9	59.6	40.6	77.5	43.6	42.6	42.8
Gebietskörperschaften	-20.8	-18.3	-16.0	-14.8	-26.9	-18.9	-24.6
alle Wirtschaftsbereiche	2.9	-0.4	6.9	0.7	6.1	-2.0	-7.0
absolute Veränderungen	+26000	-1400	+8050	+950	+18400	-3200	-16050
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote Juni 93	14.6	15.1	20.8	15.4	11.4	16.3	11.0
Arbeitslosenquote Juni 95	13.5	14.7	17.2	14.4	10.4	17.4	11.3
Arbeitslosenquote Mai 96	15.4	17.2	18.8	17.2	11.4	18.0	12.7

Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg Die Angaben für die Entwicklung der Städte beruhen auf Daten des IAB, Nürnberg, über die Beschäftigungsentwicklung der Kreise.

Die **Tabelle 7** zeigt die sektorale¹⁰ Beschäftigungsentwicklung von Juni 1993 bis Juni 1995, sowie die Arbeitslosenquote nach dieser Regionalgliederung. Die **Landwirtschaft** hat insbesondere im Südwesten aber auch Nordwesten Brandenburgs weit überdurchschnittlich Beschäftigung abgebaut. Der Speckgürtel um Berlin konnte hingegen fast 7% neue Jobs hinzugewinnen. Im Bereich **Energie/Bergbau** sind bis auf den Nordwesten durchgängig negative Zuwachsraten zu verzeichnen. Der starke Zuwachs im Nordwesten ist allerdings lediglich ein Reflex des extrem geringen Ausgangsniveaus dieses Sektors in diesem Teil von Brandenburg, so daß hinter der ausgewiesenen Zuwachsrate nur wenige zusätzliche Jobs stehen. Von großer Bedeutung für die regionalen Arbeitsmärkte ist jedoch die Entwicklung im

⁹ Die Beschäftigungsdaten der hier definierten Städten beruhen auf der Kreisstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (bzw. dem IAB, Nürnberg) und nicht den Dienststellen der Arbeitsämter. Somit beziehen sich die Daten auf das Gebiet der vier kreisfreien Städte.

¹⁰ Man beachte wiederum, daß die Bereiche 'Sonstige Dienstleistungen' sowie der Sektor 'Gebietskörperschaften' von den erwähnten Abgrenzungsproblemen betroffen ist und daher die ausgewiesenen Beschäftigungsveränderungsraten nicht überinterpretiert werden dürfen.

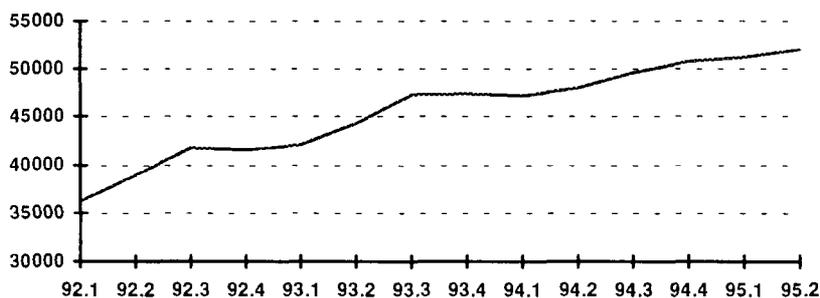
Verarbeitenden Gewerbe sowie im **Bau**. Der Nordwesten Brandenburgs, sowie der Speckgürtel, haben im Verarbeitenden Gewerbe Zuwachsraten die erheblich über dem Landesdurchschnitt liegen, während Ostbrandenburg und hier insbesondere die Oder-Region, noch immer große Beschäftigungseinbußen zu erleiden hat. Ein weiterer Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe ist aber auch für die Städte in Brandenburg festzuhalten. In der Bauwirtschaft halten sich hingegen die interregionalen Disparitäten im Rahmen; hier ist lediglich für die Oder-Region, aber auch wiederum die Städte, eine weit hinter dem Landesdurchschnitt liegende Entwicklung festzuhalten. Stark differenziert ist hingegen die Situation im **Handel**. In den Speckgürtelregionen hat der Handel fast 30% neue Jobs geschaffen, wobei sich insbesondere die Regionen Strausberg und Zossen hervorheben; die Stadt Potsdam hingegen, die ebenfalls zum Speckgürtel Berlins gerechnet wird, verliert Beschäftigung im Handel, wie auch die Gesamtheit der Brandenburger Städte. Dies ist ein Reflex der allgemein zu beobachtenden Entwicklung, daß der großflächige moderne Handel sich mehr und mehr auf die Flächen vor den Toren der Städte zurückzieht, wo kostengünstig ausreichend Handels- und Parkflächen zur Verfügung steht bzw. geschaffen werden kann und Kunden weiträumig ohne Innenstadtverkehrsprobleme anreisen können. Es ist zu vermuten, daß somit auch in erheblichem Umfang Kaufkraft von Berlin in das Brandenburger Umland abfließt, da Gesamtberlin in diesem Zeitraum im Handel ca. 15.500 (= 9,6%) Jobs abgebaut hat während in den Speckgürtelregionen im gleichen Zeitraum ca. 9.000 neue Arbeitsplätze im Handel geschaffen wurden. Die extrem positive Entwicklung des Handels im Berliner Speckgürtel wird sich in Zukunft mit Sicherheit fortsetzen und sogar noch verstärken, da der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Brandenburger-Berliner Verflechtungsraum die Standortgunst Brandenburgs für den Handel verbessert. Im Bereich **Verkehr/Nachrichtenübermittlung** hat sich im Beobachtungszeitraum ein weiterer Abbau der Arbeitsplätze vollzogen, wovon lediglich die Speckgürtelregionen verschont blieben. Abgebaut wurden in geringem Umfang auch Jobs im **Banken- und Versicherungsbereich**, wobei hier allerdings sicherlich konjunkturelle Einflüsse und weniger strukturelle Einflüsse am Wirken waren. Hier haben lediglich die größeren Städte Brandenburgs ein deutliches Plus von 7% zu verzeichnen. Von der Kommentierung der Daten im Dienstleistungsbereich, sowie der Gebietskörperschaften wollen wir aus den oben diskutierten Gründen Abstand nehmen um Fehleinschätzungen zu vermeiden. Im Hinblick auf den Bereich der **Organisationen ohne Erwerbscharakter**, der hier kräftige Zuwachsraten aufweist, ist anzumerken, daß dieser zwar insgesamt ca. 13.000 Arbeitsplätze hinzugewonnen hat, daß aber davon auszugehen ist - wie bereits oben erwähnt -, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser Arbeitsplätze weggefallene Jobs im öffentlichen Bereich absorbiert hat, und daher dieser Beschäftigungszugewinn nicht überbewertet werden darf.

Betrachten wir die Beschäftigungsentwicklung insgesamt, so zeigt sich, daß Ostbrandenburg und hier insbesondere die Oder-Region ein eklatantes Problemgebiet darstellt. Hier sind es insbesondere die Dienststellenbereiche Eisenhüttenstadt, Guben, Eberswalde, Bad Freienwalde sowie - etwas abgeschwächt - Cottbus und Schwedt. Dies stellt die Landespolitik aber auch die Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt vor ein dringliches Problem. Notwendig ist es insbesondere die Verkehrsanbindung Ostbrandenburgs an das Berlin umgebende Verkehrsnetz, und damit an das gesamtdeutsche Verkehrsnetz, deutlich zu verbessern da die Probleme dieser Region sicherlich in hohem Maße durch die ungünstige Randlage bedingt ist. Hier ist auch ein (verstärktes) Engagement des Bundes aber auch der EU insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Mitgliedschaft Polens - die zugleich den Osten Brandenburgs aus der (EU-) Grenzlandproblematik befreien würde - anzumahnen. Man kann sicherlich nicht von einem 'Ausbluten' Ostbrandenburgs sprechen aber zweifelsohne tut sich diese Region sehr schwer im gesamten notwendigen Anpassungsprozeß. Positive Impulse kann man sich für Ostbrandenburg von einer engeren Anbindung Polens an die EU versprechen, ferner können Verbesserungen der infrastrukturellen Bedingungen im deutsch-polnischen Grenzverkehr zu

einer Belebung des deutsch-osteuropäischen Handels beitragen, wovon die Oder-Region profitieren würde. Hierzu gehört z.B. die zügige Realisierung des geplanten Güterverteilzentrums in der Region Frankfurt/Oder um die Position der Region als Drehscheibe des expandierenden Ost-West-Handels zu verbessern und zu forcieren. Erforderlich ist auch die konsequente Bekämpfung der vielfältigen Grenzlandprobleme¹¹, die das Image Ostbrandenburgs und damit dessen Qualität als Wohn- und Gewerbestandort empfindlich beeinträchtigen, da Leben, Arbeiten und Investieren sich in einem 'gesunden' Umfeld besser entwickeln kann.¹²

Neben Ostbrandenburg bleibt auch der Südwesten Brandenburgs deutlich hinter dem Landesdurchschnitt zurück, wobei insbesondere die unbefriedigende Entwicklung in der Stadt Brandenburg mit einem Beschäftigungsverlust von etwas über 5% zu Buche schlägt. Ein weiteres Problemkind sind die größeren Städte in Brandenburg, die, wie auch die größeren Städte Westdeutschlands, mehr und mehr von der Dynamik der Arbeitsmärkte abgehängt werden und zum klaren Verlierer des regionalen Strukturwandels geworden sind. Auf der anderen Seite sind in Brandenburg aber auch Regionen zu identifizieren die nicht nur eine deutlich bessere Beschäftigungsentwicklung als der Landesdurchschnitt haben, sondern auch das Potential bieten, sich zur treibenden Kraft in Brandenburg zu entwickeln. Dies trifft insbesondere auf die Speckgürtelregionen zu, auf die mit ca. 18.400 neuen Jobs (davon ca. 50% im Handel) nicht weniger als 70% der neu in Brandenburg zwischen Juni 93 und Juni 95 geschaffenen Jobs entfallen. Hier sticht insbesondere der Dienststellenbereich Königs-Wusterhausen (+ 4.200 Jobs), sowie Strausberg (+ 4.100 Jobs) und Zossen (+ 3.600) Jobs hervor. Der Dienststellenbereich der Landeshauptstadt Potsdam hingegen baut im gleichen Zeitraum ca. 1.900 Jobs ab. Die Speckgürtelregionen sind auch am engsten mit Berlin über Pendlerbewegungen verflochten. So kommen ca. 80% der Berlin-Einpendler aus Brandenburg aus den Speckgürtelregionen und umgekehrt sind ebenfalls 80% der Berliner die zum Arbeiten nach Brandenburg einpendeln im Speckgürtel beschäftigt.¹³

Abbildung 10: Entwicklung der Anzahl der Brandenburger, die zum Arbeiten nach West-Berlin einpendeln.



Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg

¹¹ So entfielen auf die Schutzbereiche der Polizei im Grenzlandbereich (Cottbus, Forst, Eberswalde, Schwedt, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt und Märkisch-Oderland) im Jahr 1995 (1994) ca. 109.000 (122.000) Fälle von den insgesamt 305.000 (328.000) Fällen in Brandenburg. Während 1995 im Landesdurchschnitt ca. 12.000 Straftaten je 100.000 Einwohner zu verzeichnen waren liegt die Vergleichsquote für die Grenzlandregionen bei ca. 14.000 Fällen je 100.000 Einwohner. Hierbei ist insbesondere eine zunehmende Kriminalitätsneigung in den ländlichen Gegenden zu beklagen. (Die hier gemachten Angaben wurden aus der Polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Brandenburg berechnet).

¹² In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, daß Untersuchungen für Westdeutschland gezeigt haben, daß Regionen mit einer hohen Kriminalitätsquote signifikante Beschäftigungswachstumsnachteile haben, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen.

¹³ Diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1994 und gehen auf Berechnungen des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg zurück.

Wie die **Abbildung 10** aufzeigt, hat sich die Anzahl der Einpendler aus Brandenburg nach West-Berlin seit 1992 um mehr als 50% erhöht und gegenwärtig haben in etwa 5% der Erwerbstätigen in Brandenburg ihren Arbeitsplatz in West-Berlin. Da schätzungsweise 1995 noch ca. 40.000 Brandenburger nach Ost-Berlin einpendeln, haben annähernd 10% der beschäftigten Brandenburger ihren Arbeitsplatz in Berlin.¹⁴ Diese Zahl hat sich trotz des Beschäftigungsrückgangs in Berlin seit 1992 ständig erhöht. Ursache hierfür ist sicherlich in erheblichem Umfang der Umstand, daß insbesondere Betriebe in West Berlin billigere Arbeitskräfte in Brandenburg finden können als in West-Berlin.

Der engere Verflechtungsraum Berlins profitiert von den Suburbanisierungsbewegungen in Berlin, wo Flächenknappheit, Bodenpreise und Siedlungsdruck dafür sorgen, daß Gewerbe und auch Bevölkerung in das nahe gelegene Brandenburger Umland abwandern, bzw. neue Betriebe sich unmittelbar auf Brandenburger Gebiet ansiedeln. Dieser Druck des Zentrums auf das Brandenburger Umland dürfte den Erfahrungen in Westdeutschland zufolge in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen, wobei insbesondere der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im berlinnahen Verflechtungsraum begünstigend für Brandenburg wirken wird. Aber auch im Nordwesten Brandenburgs sind deutlich positive Impulse festzustellen. Hier wurden ca. 8.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wobei insbesondere Neuruppin mit einem Plus von 2.900 Arbeitsplätze hervorsticht, aber auch die beiden Dienststellenbereiche Prenzlau und Perleberg mit je ca. 1.000 neuen Jobs.

Letztendlich werfen wir noch einen Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die für Juni 93 und Juni 95, sowie aktuell den Mai 1996 ebenfalls in Tabelle 7 ausgewiesen ist. Zwischen Juni 93 und Juni 95 ist die Arbeitslosenquote landesdurchschnittlich um ca. 1,3 Prozentpunkte gesunken, wobei der höchste Rückgang im Nordwesten Brandenburgs zu beobachten war; lediglich die Teilgruppe der größeren Städte hat einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Das geringste Niveau der Arbeitslosenquote hat sich zwischenzeitlich in den Speckgürtelregionen eingestellt. Betrachten wir die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt in Brandenburg so zeigt sich auch hier wiederum ein deutliches Entwicklungsgefälle: Ostbrandenburg sowie der Südwesten Brandenburgs verlieren überproportional an Beschäftigung während die anderen Teilregionen einen Beschäftigungsstand oberhalb des Niveaus vom Juni 1993 halten können.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß recht große interregionale Disparitäten in der Beschäftigungsdynamik in Brandenburg zu beobachten sind. Diese Disparitäten sind jedoch nichts Ungewöhnliches; vergleichbare und teilweise noch drastischere Unterschiede sind auch in den anderen ost- aber auch westdeutschen Bundesländern zu beobachten. Regionale Unterschiede per se sind weder beunruhigend noch bedrohlich; von einem Problem läßt sich erst dann richtig sprechen, wenn sich diese Disparitäten im Laufe der Zeit verfestigen oder gar ausweiten. Für diese Befürchtung gibt es aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkreten Hinweise. Es ist sogar im Gegenteil zwischen 1993 und 1996 eine leichte Tendenz zum Abbau der regionalen Disparitäten in Brandenburg festzustellen.¹⁵ Allerdings sollte die Entwicklung in den Problemregionen Brandenburgs von der Arbeitsmarkt- und Landespolitik mit einer besonderen Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Landesregierung sollte daher regelmäßig die Regionalentwicklung in Brandenburg auf das intensivste beobachten um über die notwendigen Informationen zu verfügen, um zum einen regionalen Schieflagen

¹⁴ Umgekehrt sind 1995 ca. 33.000 Personen aus Berlin in Brandenburg beschäftigt, so daß per Saldo Brandenburg einen Nettoentlastungseffekt von ca. 6% bis 7% erreicht.

¹⁵ So ist der Variationskoeffizient der Arbeitslosenquote über die 39 Dienststellen - definiert als Standardabweichung der regionalen Arbeitslosenquote dividiert durch die durchschnittliche Arbeitslosenquote - von ca. 0,230 im Juni 93 auf 0,217 im Juni 95 und auf 0,207 im Mai 96 zurückgegangen. Dies bedeutet, daß sich die relative Streuung der Arbeitslosenquote über die Regionen um ca. 10% reduziert hat.

entgegenwirken zu können und zum anderen eine Erfolgskontrolle durchgeführter Maßnahmen vornehmen zu können. Hierbei müßten insbesondere die strukturschwachen Räume Brandenburgs, aber auch die größeren Städte Brandenburgs, im Vordergrund des Interesses stehen.

Das relativ schlechte Abschneiden der größeren Städte in Brandenburg bei unserer Analyse ist ein deutlicher Indikator dafür, daß sich in Brandenburg - wie auch in den anderen ostdeutschen Ländern - ausgeprägte Suburbanisierungsprobleme bereits eingestellt haben, die in der Zukunft sich eher noch verstärken werden und zu den bekannten Stadt-Umland-Problemen führen. Hier müßten bereits im derzeitigen noch frühen Entwicklungsstadium Anreize seitens der Landespolitik zur Unterstützung und Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Umlandgemeinden und den Städten, aber auch zwischen den Kommunen insbesondere im ländlichen Raum geschaffen werden. So könnte man z.B. Infrastrukturprojekten (wie im Bereich des Nahverkehrs, aber auch im Bereich des Aufbaus von Freizeitinfrastruktureinrichtungen) besondere Prioritäten einräumen und finanzpolitisch fördern die in Zusammenarbeit von Städten und Umlandkommunen sowie Kommunen des ländlichen bzw. strukturschwachen Raums vorgenommen werden. Hier sollten auch innovative Wege beschritten und durch die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen eröffnet werden, wie das Schaffen von Anreizen und rechtlichen Grundlagen für z.B. das Sharing von Gewerbesteuererträgen und Einkommenssteueranteilen usw. Die vielfältigen Fehler die aus dem Gegen-einander statt Miteinander im kleinräumigen Bereich resultieren, die in Westdeutschland nicht selten zu einer Behinderung der Entwicklung von Regionen geführt und beigetragen haben, sollten in Brandenburg nicht wiederholt werden.

4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Trotz der nach wie vor sehr hohen offenen und durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verdeckten Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist spätestens seit der Jahreswende 1993/94 nicht nur eine Stabilisierung sondern auch eine deutliche - wenn auch verhaltene - Erholung bei der Beschäftigungsentwicklung auszumachen. Im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern ist die Situation in Brandenburg in vielen Bereichen durchaus positiv zu bewerten, ohne daß spezifische Entwicklungsnachteile erkennbar sind. Die Gesamtbeschäftigungsentwicklung sowie die Produktionsentwicklung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, verläuft in Brandenburg seit 1993/94 deutlich oberhalb des ostdeutschen Durchschnitts. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nimmt Brandenburg eine mittlere Position im Ranking der ostdeutschen Länder ein. Die Analyse der sektoralen Wirtschaftsentwicklung hat gezeigt, daß sich Brandenburg in einigen Bereichen recht positiv von der Entwicklung in den anderen ostdeutschen Ländern abhebt. Während Ostdeutschland insgesamt im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in den Jahren 1993 bis 1995 nochmals fast 4% der Beschäftigung verloren hat, konnte die Entwicklung in Brandenburg nicht nur stabilisiert werden, sondern darüberhinaus sogar noch ein Zuwachs von ca. 1.4% erzielt werden. Besonders positiv verläuft die Entwicklung für Brandenburg im Handel, in dem die Beschäftigungszuwachsrate zwischen 1993 und 1995 mehr als doppelt so hoch war als im Durchschnitt der Neuen Bundesländer. Wie aufgezeigt wurde, ist dieser 'Beschäftigungserfolg' zum größten Teil das Resultat von Standortvorteilen und günstigen Standortbedingungen im berlinnahen Umland. Im Bereich des staatlichen Sektors haben wir für Brandenburg zwar noch einen nicht unerheblichen Anpassungsbedarf identifiziert, aber unter Berücksichtigung der gegenwärtig angespannten Arbeitsmarktlage besteht seitens der öffentlichen Hand kein Grund, diesen mittelfristig notwendigen Stellenabbau in 'blindem Aktionismus' durchzuführen.

Unsere Analyse der interregionalen Entwicklungen in Brandenburg hat gezeigt, daß in Brandenburg recht erhebliche interregionale Disparitäten vorliegen. Auf der einen Seite ist die

wirtschaftliche Entwicklung in Ostbrandenburg, insbesondere der Oder-Region, aber auch im Südwesten Brandenburgs, weit hinter dem Landesdurchschnitt zurückgeblieben. Auf der anderen Seite verzeichnen der Nordwesten Brandenburgs und allen voran die Speckgürtelregionen recht kräftige Beschäftigungszuwachsraten. Die große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik des Landes besteht darin, diese Disparitäten nicht noch größer werden zu lassen und wo auch immer möglich abzubauen, indem die benachteiligten Regionen weitergehend unterstützt werden, ohne daß dies zu Lasten der prosperierenden Regionen geht. Als weitere Schwachstelle Brandenburgs haben wir die größeren Städte identifiziert, die im Bereich der Industrie aber auch im Handel absolute bzw. relative Verluste an Beschäftigung in den letzten beiden Jahren hinnehmen mußten. Der Umstand, daß zur Zeit die brandenburgischen Städte eine unter dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote haben, darf die Politik des Landes aber auch der Städte nicht dazu veranlassen hier keinen Handlungsbedarf zu sehen.

Zusammenfassend zeigen die analysierten Daten, daß eine Aufwärtsentwicklung in Brandenburg klar zu erkennen ist. Daß von einer solchen Aufwärtsentwicklung keine, und insbesondere keine schnellen Beschäftigungswunder erwartet werden können, dürfte angesichts des Umfangs und der Schärfe der Struktur- und Anpassungsprobleme, denen sich Brandenburg nach der Wende gegenüber gesehen hat, klar sein.

Die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Finanzpolitik des Landes Brandenburg ist gefordert für die Wirtschaft im Land optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, wobei sich die Politik nicht nur von tagespolitischen Geschehnissen, der aktuellen Haushaltslage oder auch der aktuellen Lage am Arbeitsmarkt leiten oder gar treiben lassen darf. Vielmehr gefragt ist eine Konzeption, die allen beteiligten Akteuren, dem investierenden Gewerbe, der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung, dem öffentlichen Kultur- und Bildungswesen usw., verlässliche und langfristig gültige Rahmendaten setzt, um mehr Planungssicherheit und Orientierungslinien zu schaffen. Eine große, über die bisher erbrachten Anstrengungen hinausgehende Herausforderung ist in der Modernisierung und dem Auf- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu sehen, die nicht nur in Brandenburg, sondern in Ostdeutschland allgemein den Standortschwachpunkt „Nummer Eins“ darstellt. Um hier die wichtigen Aufgaben zu erfüllen sollte auch eine zusätzliche öffentliche Verschuldung im Land nicht generell ausgeschlossen werden, sofern die mit einer zusätzlichen Kreditaufnahme finanzierten Investitionen dazu beitragen einen Ertrag für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu erzielen. Insbesondere dürfen nicht wichtige Infrastrukturprojekte unter dem Druck aktueller Haushaltsprobleme leichtfertig geopfert werden. Straßen, die in inakzeptablem Zustand sind und aus Gründen fehlender laufender Steuereinnahmen nicht für den privaten und gewerblichen Verkehr ökonomisch sinnvoll verwendbar sind, verursachen der Gesellschaft, der Wirtschaft und letztendlich auch den öffentlichen Händen höhere Kosten als die mit der Kreditfinanzierung einhergehenden Zinskosten. Blühende Landschaften kann es nicht zum Nulltarif geben, und sie können auch kaum aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden.

Aber nicht nur die öffentliche Hand ist gefragt beim Aufbau des Landes. Gefragt ist auch ein größeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg, die durch eine Vielzahl kleiner Taten und Schritte in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zum Aufbau und zum Aufschwung des Landes beitragen können. Als Beispiel sei hier der Bereich der Dorf(Stadt-)erneuerung und Dorf(Stadt-)Entwicklung angesprochen. Hier können durch vielfältige Aktionen im privaten Bereich, sei es durch die Verbesserung der Optik an Häuserfronten, durch die Unterstützung der Kommunen bei der Gestaltung und Pflege öffentlicher Anlagen und Plätze, usw., Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität und insbesondere auch der touristischen Attraktivität der Natur- und Kulturlandschaft Brandenburgs geleistet werden. Für die wirtschaftliche Nutzung der reichen Naturlandschaft Brandenburgs durch einen umwelt-

verträglichen Tourismus ist mehr als pure Natur zu bieten. Erforderlich ist es in Dörfern und Städten den flächendeckenden Überhang an Tristesse abzubauen. Hierzu bedarf es keiner millionenschweren Investitionsprogramme, sondern der Bereitschaft der Bürger mit Engagement aktiv am Aufbau ihres unmittelbaren Lebensumfeldes teilzunehmen und dieses mitzugestalten. Anzumerken ist, daß im Land Brandenburg auch Defizite im Bereich des Umgangs mit Fremden abzubauen sind und der zunehmenden Gewaltneigung, insbesondere bei der Jugend, entgegenzuwirken ist¹⁶; so u.a. durch die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze, wo auch die private Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen ist. Dies prägt in den Medien inner- und außerhalb des Landes ein Bild von Brandenburg, das dem Land nicht gerecht wird und der Fortentwicklung des Landes nicht gerade dienlich ist.

Die regionale Entwicklungsstrategie im Land Brandenburg sollte darauf ausgerichtet sein die vorhandenen Entwicklungspotentiale konsequent auszunutzen und auszubauen. Da diese offensichtlich auf die Kernregionen Brandenburgs, insbesondere das Berliner Umland, konzentriert sind, können Maßnahmen im Bereich der Verkehrsinfrastrukturpolitik dazu beitragen diese Entwicklung hinaus in die Fläche des Landes Brandenburg zu tragen. Anzumerken ist, daß dieser Prozeß zwar auf den ersten Blick eine Konkurrenzbeziehung zwischen Berlin und Brandenburg darstellt, daß dieser Prozeß aber nicht ein 'Nullsummenspiel' ist, d.h. Gewinne in Brandenburg - insbesondere im engeren Verflechtungsraum zu Berlin - gehen nicht notwendigerweise zu Lasten Berlins. Es handelt sich vielmehr um eine komplementäre Entwicklung beider eng verflochtenen Länder, die in erheblichem Umfang - bei geschickter Wirtschaftspolitik beider Akteure -, Synergieeffekte freisetzen und initiieren kann. Während Berlin durch seine Weltstadtfunktion eine Zentrumsfunktion ausübt die in ihrer Reichweite weit über das unmittelbare Umland Berlins hinauswirkt, bietet Brandenburg den notwendigen Raum für das Entstehen neuer Betriebe und das Wachsen bestehender Betriebe, und mit seiner einzigartigen Naturlandschaft auch den Erholungsraum für die Menschen im Ballungsraum Berlin. Berlin ist ohne das flächenreiche Brandenburger Umland auf Dauer nicht expansionsfähig, und die Flächen vor den Grenzen der Stadt ermöglichen eine Umstrukturierung Berlins und der berlinnahen Brandenburger Räume in Richtung einer ressourcenorientierten Arbeitsteilung. Flächen- und transportintensive Aktivitäten werden weiterhin nach Brandenburg wandern, bzw. dorthin ausgelagert, während insbesondere Dienstleistungsaktivitäten - wobei hier ggf. der großflächige Handel eine Ausnahme darstellen wird - eher in die Hauptstadt wandern werden, bzw. dort verbleiben.

Dies macht es aber erforderlich, daß insbesondere in den Berührungsräumen Berlins und Brandenburgs eine gemeinsame Siedlungs-, Gewerbe- und (Verkehrs-)Infrastrukturpolitik betrieben werden muß, die für die Region Berlin-Brandenburg insgesamt von Vorteil ist. Pendlerströme zwischen beiden Ländern, die in den letzten Jahren bereits erheblich an Intensität gewonnen haben, sorgen für den Ausgleich der Beschäftigungschancen, wobei dies wiederum durch eine zukunftsorientierte Nahverkehrsinfrastrukturpolitik im Verflechtungsraum begünstigt und umweltpolitisch verantwortbar gestaltet werden kann. Die Verflechtung der wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen beiden Ländern, die mehr oder weniger vom Markt gesteuert werden, macht auch eine gemeinsame 'kleinräumige Wirtschaftspolitik' erforderlich, die vielfache Konturen haben kann, und vom gemeinsamen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Regional- und Siedlungsplanung bis über gemeinsame Flächenerschließungen - einschließlich Gewerbesteuersharing - reichen kann und sollte. Auch wenn die politische Fusion Berlin-Brandenburg für absehbare Zeit gescheitert zu sein scheint, wird sich diese ökonomisch dennoch vollziehen, da die Marktkräfte weder vor nationalen Grenzen, und damit erst Recht nicht vor Bundeslandgrenzen Halt machen. Beide Länder müssen sich dessen bewußt sein, daß ein Gegeneinander zwar hier und dort kurzfristige Vorteile bringen kann, daß aber die mittel-

¹⁶ Diese Tendenz hält die jüngst vorgelegte 'Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg' für das Jahr 1995 fest.

und langfristigen Kosten einer solchen Politik der Gesamtregion Schaden zufügt. Vielmehr bedarf es gemeinsamer Anstrengungen beider Länder in allen Bereichen, angefangen bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, über die Verkehrspolitik bis hin zu einer gemeinsamen Freizeitlandschaft, einem gemeinsamen Hochschulwesen und einer abgestimmten Politik gegenüber zentralstaatlichen Institutionen.